

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

AKTE 801

ANFANG

Nr.

19

Ort.

Band I

Buchhorn-Stiftung

1923/

Ort:

vom

Jahrgang

bis

Name:

B 19
REGISTRATUR 4

Buchhorn-Stiftung

GESCHLOSSEN

Buchhorn-Stiftung

Band I

1923/1931

HENJON
Nr. 1576

807

Berlin W
Pariser P

Im Grundbuch des Amtsgerichts
Berlin - Hegelitz, Quart 25, Blatt 284

~~stehen~~ - standen - für die Akademie der
Pariser Platz 4, als Vertreterin der ...

13.000

Hypothek eingetragen.

Schuldner ~~ist~~ ^{war} der außerordentlich begüterte Schneider in der Hegels, Jünnwaldstr. 28. Wohnt in dem Aufbaue als Georg Meiche nach dem Todep. 113

Der Goldwert dieser Hypothek berechnet sich nach dem Nennwert.

Wir beantragen die Aufwertung der Hypothek gemäß dem in Vorbereitung befindlichen Aufwertungsgesetz in das Grundbuch einzutragen.

Von der oben genannten Hypothekensumme von 12.000 M
sind am 1. Oktober 1920 Mk 3.000 zurückgezahlt.

Der Goldwert betrug angefährlich 204,48 M. Für den Rest von 10,000 M
ersuchen wir die Eintragung in das Grundbuch.

Für die Schuldnerin ist Abschrift dieses Schreibens beigelegt und ersuchen wir den Hypothekenbrief zum Zwecke der Berichtigung zu erfordern.

Sollte die Umschreibung in Reichmark statt in Goldmark erforderlich sein, so soll unser Antrag dementsprechend gestellt gelten.

Der Präsident

das Amtsgericht

Berlin-Johannstadt

Posteinlieferungschein	
Gegenstand	Einschreibbrief
Empfänger (bei Postaufträgen die Angabe ist)	Grüntenbaumstr. 26 Munster
Bestimmungs-ort	Mün.-Munster
Postannahme	
Reinhardt	

1

BERLIN NW2
30.6.25.5-6 N
1

C 26
14. 20

75

2
2

Berlin W 8, den
Pariser Platz 4

..... *Kaufmann* : - Stiftung
Fonds L...

Aus Beständen der oben genannten Stiftung sind durch Vermittlung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) in Berlin
 ... 4000 Goldmark für 1000 Stück Goldmark...
 zum Kurse von 80% angekauft worden.

Die Kasse wird angewiesen, die angekauften Wertpapiere im Nenn-
werte von 400.000

in Worten: "
unter neuer Nummer beim Kapital in Zugang zu bringen und die regel-
mässig am *1. April* und *1. Oktober* eingehenden Zinsen beim Titel I
zu vereinnahmen.

Die nach der Depotquittung entstandenen Ankaufskosten einschl.
Provision, Maklergebühr und Steuer in Höhe von 1

in Worten: "
~~sind beim Titel II in Ausgabe~~ und die für die Zeit vom
 bis 1931 entstandenen Stückzinsen in Höhe von

in Worten: " *zwei*
beim Titel II in ~~der~~ *zwei* nachzuweisen.

Die Dokumentenkontrolle ist zu berichtigen.

Der Präsident
Im Auftrage

An die

Kasse der Preussischen
Akademie der Künste

Berlin W 8

,den 9. April 1931.

betrifft: Sammeldepot und Konto der
Preuss. Akademie der Künste - Konto 140 279 -

Aus den Beständen des Sammeldepots und Kontos der Preuss-
ischen Akademie der Künste - Konto 140 279 - bitten wir bis
zum ausmachenden Betrage von

2.300,-- RM

in Worten: " Zweitausenddreihundert Reichsmark "

7%ige Ostpreussische landschaftliche Goldpfandbriefe anzukau-
fen und das oben genannte Konto mit den Ankaufskosten zu be-
lasten.

Der Präsident
Im Auftrage



die Preussische Staatsbank
(Seehandlung)

B e r l i n W. 56.
Markgrafenstrasse 38.

B29

Notenmark:
Ankauf auf Hoffpachbroschen.
Anlage für 1931 n. gest. für:
Hoffpachbroschen = 400.- RM
Zugabe. Rente = 200.-
Zugabe. " = 200.-
de. Anna - " = 100.-
Landesbank Pr. Berl. = 500.-
Gemeinsam - Rente = 300.-
Zugabe - " = 300.-
1. 2. 300.- RM
Joh

Preussische Akademie der Künste

Berlin W 8, den 2. April 1931
Pariser Platz 4

Die Reichsschuldenverwaltung hat für die Buchhorn-
Stiftung eine soziale Wohlfahrtsrente in Höhe von
330,75 RM,
in Worten: "Dreihundertdreissig Reichsmark, 75 Rpf."
bewilligt.

Die Kasse wird angewiesen, den genannten Betrag in der Rech-
nung für 1931 bei Fonds..... Tit. II in Einnahme nachzuweisen.

Der Präsident

Im Auftrage

Die Kasse der Preussischen
Akademie der Künste

Berlin W 8

Preussische Akademie der Künste

Berlin W. 8, den 2. April 1931
Berliner Platz 8

Die Kassenverwalterung hat für die
Stiftung eine solche Wohnung in Höhe von
800,75 M.

in Worten: "Achtundachtzig Reichsmark, 75 Pf."

bewilligt.

Die Kasse wird angewiesen, den genannten Betrag in der Nach-
zahlung für 1931 bei Forderung des ... W. 8 in Höhe von ...

Der Präsident

im Auftrage

[Handwritten signature]

Kasse der Preussischen
Akademie der Künste

Berlin W. 8

Akademie der Künste Berlin
Nr. 0012 * - 2 JAN 1931
Anl.

den 2. Januar 1931

[Handwritten signatures and initials]

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom
18. Juli 1930 kündigen wir Ihnen die im Grundbuch von Berlin-
Steglitz Band 25 Blatt 784 unter Abteilung III lfd. Nr. 4 ein-
getragene Aufwertungshypothek im Betrage von 2 483,74 G. (in Wor-
ten: "Zweitausendvierhundertdreißig Goldmark, 74 Pfennige")
zum 31. (einunddreißigsten) Dezember 1931 (neunzehnhunderteinund-
dreißig).

Der Präsident

Der Erste Ständige Sekretär

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

Direktor N o t z i g

Berlin-Steglitz

Grünwaldstr. 23

Grünwaldstr. 23

Preussische Akademie der Künste

W. T. H.

Berlin W8, den 8. April 1930
Pariser Platz 4

Für die "Buchhorn - Stiftung" ist die zum 1. April
d. Js. fällige Wohlfahrtsrente seitens der Reichschuldenver-
waltung in Höhe von

330,75 RM

in Worten: "Dreihundertunddreissig Reichsmark 75 Reichs-
pfennig" gezahlt worden.

Die Kasse wird angewiesen, diesen Betrag anzunehmen
und in der Stiftungsrechnung für 1930 bei Fonds Nr. 2 Tit. II
in Einnahme nachzuweisen.

Der Präsident

Jm Auftrage

W. T. H.

Kasse der Preussischen
Akademie der Künste

Berlin W 8

Erzgang in 153

Preussische Akademie der Künste

Berlin W 8, den 12. November 1929
Pariser Platz 4

Aus Beständen der Buchhorn-Stiftung sind durch Vermittlung der Preussischen Staatsbank 600 Goldmark 8% Landsch. Central Goldpfandbriefe zum Kurse von 87,50 RM angekauft worden.

Die Kasse wird angewiesen, in der Rechnung der Stiftungsfonds für 1929 beim Fonds 2 unter neuer Nummer die angekauften Wertpapiere in Höhe von

600 GA,

in Worten: "Sechshundert Goldmark", beim Kapital in Zugang zu bringen und die an den Zinsterminen April und Oktober eingehenden Zinsen entsprechend zu vereinnahmen.

Die nach der als Rechnung geltenden Depotquittung entstandenen Ankaufskosten in Höhe von

531,86 RM,

in Worten: "Fünfhunderteinunddreissig Reichsmark, 86 Rpf." sind beim Fonds 2 Tit. II in Ausgabe nachzuweisen.

Die Dokumentenkontrolle ist zu berichtigen.

Der Präsident

Im Auftrage

Kasse der Preussischen
Akademie der Künste

Berlin W 8

Preussische Akademie der Künste

Berlin W. 8, den 12. November 1929
Pariser Platz 1

Aus Beständen der Buchhorn-Stiftung sind durch Vermittlung der
Preussischen Staatsbank 500 Goldmark 84 Landmark. Central Goldmark-
briefe zum Kurse von 87,50 in Empfang genommen worden.
Die Kasse wird angewiesen, in der Rechnung der Stiftungsfonds
für 1929 beim Fonds 2 unter neuer Nummer die angekauften Wertpapiere
in Höhe von

500 Mk.

in Worten: "Sechshundert Goldmark", beim Kapital in Zugang zu bringen
und die an den Zinstermiinen April und Oktober eingehenden Zinsen ent-
sprechend zu vereinnahmen.

Die nach der als Rechnung geltenden Depotmittlung entstandenen
Ankaufskosten in Höhe von

531,86 Mk.

in Worten: "Fünfhundertsechzig und einundachtzig Reichsmark, 86 Pf." sind beim
Fonds 2 Tit. II in Ausgabe nachzuweisen.

Die Dokumentenkontrolle ist zu genehmigen.

Der Präsident

im Auftrage

Kasse der Preussischen
Akademie der Künste

Berlin W. 8

Offen. K. H. H. ✓	5 15,-	4,68	2,18	131,86
Offen. K. H. H. ✓	218,25	1,85	0,80	221,60
Offen. K. H. H. ✓	218,25	1,85	0,80	221,60
Offen. K. H. H. ✓	111,15	1,18	0,55	112,88
Offen. K. H. H. ✓	1006,15	8,88	4,20	1019,23
Offen. K. H. H. ✓	262,50	2,34	1,10	265,94
Offen. K. H. H. ✓	300,-	3,12	1,46	304,58
Offen. K. H. H. ✓	111,15	1,18	0,55	112,88
Offen. K. H. H. ✓	437,50	3,80	1,85	442,15
Offen. K. H. H. ✓	1000,-	8,88	4,20	1011,88
Offen. K. H. H. ✓	218,25	1,85	0,80	221,60
Offen. K. H. H. ✓	87,50	0,88	0,36	88,74
	4637,50	41,34	19,33	4698,17

Umschlag zum Randerlaß des Herrn Ministers
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
vom19.... -U IV Nr.....

Eingegangen am
J. Nr.

Betrifft:

Inhalt:

Antwort:

Preußische Akademie der Künste
J. Nr.

Berlin W 8, den.....19
Pariser Platz 4

Urschriftlich nebstAnlage(n)

Ueberreicht
Der Präsident

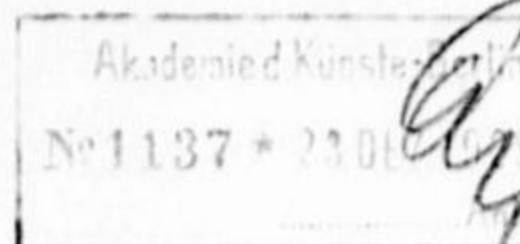
dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst
und Volksbildung
Berlin

nach Kenntnisnahme
mit folgendem Bericht ergebenst zurückgereicht.

Schuldenverwaltung
Schuldbuch -
Wohlfahrtsrente

Nr.
V. 17/105

Berlin SW 68, den 2. Dezember 1928.
Oranienstraße 106/109.
(Postfach)



die Preuss. Akademie
der Künste

in Berlin W. 8
Pariser-Platz 4

Buchhorn-Schiffung.

Grund des Angebots des Herrn Reichsministers der Finanzen erhalten
für Ihre rentenberechtigten Auslosungsrechte über RM
Abschlagszahlung auf die Ihnen für die Rechnungsjahre 1926 bis
inkl. 1929 (1.4.1926 bis 31.3.1930) zustehende soziale Wohlfahrtsrente

..... RM 6 ständige Reichsanleihe von 1927 mit den am 1.2.1928 und
er fälligen Zinsscheinen zum Kurse von 86,75 = RM... Rpfr

a) 1/4 der Abschlagszahlung " " "

b) überschüssende Beträge, die in Reichs-
anleihe nicht darstellbar sind " " "

zusammen

..... RM... Rpfr.

den wird zu der Reichsanleihe vergütet

... fehlenden am 1.8.1928 fällig gewor-

Zinsschein.. dessen Betrag abzüglich
deren

Kapitalertragsteuer

..... RM... Rpfr.

insgesamt

..... RM... Rpfr.

Die Wertpapiere und Barbeträge gehen Ihnen bzw. den in Ihren An-
bezeichneten Empfänger baldigst zu, nachdem Sie uns die beilie-
Empfangsbescheinigung entsprechend der Anmerkung unterschrieben

habe erhalten.

Hing an die Reichsschuldenverwaltung.

antrag abgelehnt am
Januar 1929

Mücke.

Nr. 235.

Reichsschuldenverwaltung
- Schuldbuch -

Berlin SW 68, den... 27. 11. 1928.
Oranienstr. 106/109.

Objekten: I Soziale Wohlfahrtsrente.

An die
Preuss.
Akademie der Künste
Berlin W. 8.
Potsdamer Platz 4

1. Das Wohlfahrtsrentenangebot des Reichsfinanzministeriums wird angenommen.
 2. Zu den Akten.
- Berlin, d. 14. 12. 1928
Der Präsident
J. A.

Hr. Buchhorn-Stiftung.

Isichen dem Reichsfinanzministerium und den Reichsspitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege haben Verhandlungen stattgefunden, die dazu geführt haben, daß das Reichsfinanzministerium eine Vorauszahlung auf die Wohlfahrtsrente bewilligt hat.

Hierüber teilen wir in Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium folgendes mit:

Durch die Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 4. Dezember 1926 ist den Trägern inländischer Anstalten und anderer Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, die Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege erfüllen, soweit sie als Anleihealtbesitzer Auslosungsrechte erworben haben, eine soziale Wohlfahrtsrente zugesichert worden.

Für die Zahlung dieser Rente ist für die Dauer von 15 Jahren, beginnend mit dem 1. April 1926, jährlich eine pauschale Summe von 7,5 Millionen RM bereitzustellen. Auf den einzelnen Rentengläubiger entfällt also nicht ein in voraus feststehender Betrag; die Höhe der Rente hängt vielmehr von dem Gesamtbetrag der Auslosungsrechte ab, auf Grund deren soziale Wohlfahrtsrenten zu gewähren sind. Die Höhe der einzelnen Rente kann sonach erst dann festgestellt werden, wenn über sämtliche Anträge entschieden ist; erst nach endgültiger Festsetzung der Höhe der Rente wird der Anspruch auf ihre Zahlung fällig.

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums ist damit zu rechnen, daß die endgültige Erledigung der Anträge noch immer geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Um den Wünschen vieler Rentengläubiger nach einer baldigen Aussahlung Rechnung zu tragen, hat sich deshalb das Reichsfinanzministerium bereit erklärt, ohne die Festsetzung der Höhe der einzelnen Renten abzuwarten, die soziale Wohlfahrtsrente schon jetzt, und zwar für die Jahre 1926, 1927, 1928 und auch schon 1929 abschlagsweise unter folgenden Bedingungen zur Aussahlung zu bringen:

1. Soweit die Berechtigung auf eine soziale Wohlfahrtsrente endgültig anerkannt ist, soll die Zahlung unverzüglich, in übrigen sofort nach Anerkennung der Rentenberechtigung erfolgen.

- Die Ausszahlung wird auf Grund der Einsendung der anliegenden naherklärung, die wir auch im Falle der Ablehnung mit einem entscheidenden Vermerk zurückerbitten, erfolgen. Nach deren Eingang wird sich ergebende Berechnung der Bar- und Anleihebeträge und ein Bsp. bescheinigungsvordruck zugestellt werden.

N t i o k e .

ud Nr. 86 (Bl. ohne 2. B.)

eingetragen worden.

Die Forderung beträgt jetzt insgesamt

1025 RM - Pf. Anleiheablösungsschuld und

612 " 50 " Auslosungsrecht.

*Die vollständige Tilgung wegen der finanziellen Notlage
festhalten liegt bei.*

Reichsschuldenverwaltung



Beglaubigt

Finanzsekretär

Schuldenverwaltung
— Schuldbuch —

Buch-Nr.

Abt. V Nr. 7333/8

Eingaben ist die Gesch.-Buch-Nr.
die Kontenbezeichnung anzugeben.

An

die Preuss. Akademie der Künste

Berlin W.8

Pariserplatz 4.

Berlin SW 68, den 5. September 1928.

Dranienstraße 106/109
Fernruf: Dönhofs 4500-5

Akademie d. Künste Berlin

Nr. 758 15. 1928

Benachrichtigung

auf den Antrag vom 12. Dezember 1927.

Von dem obenbezeichneten Konto des Stiftungsfonds der Akademie
der Künste zu Berlin

über bisher 18850 RM - Pf. Anleiheablösungsschuld und Auslosungsrechte über den gleichen
Betrag ist heute der Betrag von 475 RM - Pf. mit den

Auslosungsrechten

Buchstabe B	Gruppe 35	Nr. 54441	zu	25 RM - Pf.	1	Stück über	25 RM - Pf.
" C	" 27	" 20406	"	50	" 1	" 50	"
" D	" 15	" 4900/1	"	100	" 2	" 200	"
" D	" 17	" 306/7	"	100	" 2	" 200	"
"	"	"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"	"	"

zusammen... 6 Stück über 475 RM - Pf.

geschrieben und antragsgemäß auf den Namen der Buchhorn-Stiftung bei der Akademie
der Künste in Berlin

Handwritten note:
Buchhorn-Stiftung
Kontenbuch
15. 9. 1928

übertragen worden. Die Berechtigte hat Abschrift dieser Eintragung erhalten.

Das Konto lautet nunmehr noch über

18375 RM - Vf. Anleiheablösungsschuld und

18375 „ - „ Auslosungsrecht.

Um die Abschreibung vornehmen zu können, waren wir genötigt, das Auslosungsrecht

Buchst. G Gr.1 Nr. 26499 über 1000 RM
in nachstehende Stücke umzutauschen:

Buchst.	B	Gr.	Nr.	über	
"	B	22	56742	"	25.
"	G	10	31647	"	25.
"	D	15	4900/4901	"	50.
"	D	17	306/307	ja	100.
"	D	17	31714	"	100.
"	D	18	1502	"	100.
"	D	18	8202/3	"	100.
"	D	19	16131	"	100.

Reichsschuldenverwaltung.



Beglaubigt:

Finanzsekretär

Reichsschuldenverwaltung

- SCHULDBUCH -

1. V. 171073

Wohlfahrtsrente

Berlin SW 68, den 25. April 1927
ORANIENSTRASSE 106/109.

Akademie der Künste Berlin

Nr. 0760 15. April 1928

An die

Herrn Prof. Dr. H. Reichenow
in Berlin W. 8.

Wohlfahrtsrente 4

Auf den Wohlfahrtsrentenantrag vom 25. April 1927

De

- Ihnen wird für die Reichenow-

die Wohlfahrtsrente auf Grund von Auslosungsrechten
Nennbetrage von 612 RM 50 Ppf gewährt werden.

Die Höhe der Rente kann erst festgesetzt werden, wenn die Reichsregierung den Betrag, der auf je 100 RM Auslosungsrechte entfällt, bestimmt. Diese Festsetzung ist erst möglich, wenn sämtliche Anträge und Unterlagen von den Ausschüssen vorliegen und der Gesamtbetrag der für die Rente Anspruch genommenen Auslosungsrechte feststeht. Wann dies der Fall sein wird, kann noch nicht angegeben werden. Die Festsetzung eines Hundertsatzes ist erforderlich, weil für sämtliche sozialen Wohlfahrtsrenten ein fester Prozentsatz von 7 1/2 Millionen RM (für 15 Jahre) ausgeworfen ist (§ 10 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 4. Dezember 1926, Reichsgesetzbl. I S. 494). Über die Höhe der vom 1. April 1926 ab laufenden Rente erhalten Sie seitens der Reichsschuldenverwaltung zeitige Nachricht. Die bereits fällig gewesenem Rentenbeträge werden alsbald unverzüglich gezahlt.

Reichsschuldenverwaltung

F. A.
Beglaubigt

Handwritten signature

75

Dec 3. Lyndon 1925

Geschäftsnummer:

Regency Bd. 25 Bl. Nr. 784/52

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 1461 * 18. DEZ. 1927

Auf dem Grundbuchblatte de 1 in *Regitz. Gm. Einsatzt. 43*
belegenen, dem *Erbsch. Franz Regitz. Ben.-Regitz,*
gehörenden, im Grundbuche von
Regitz Band *25* Blatt Nr. *784*
eingetragenen Grundstück 1

ist folgendes eingetragen worden:

ist folgendes eingetragen worden.

III. Abteilung, Spalte *Veränderungen*
für d. Nr. der Forderung 4
2483, 74 Gd. Diese Forderung ist in
einem *Veränderungs* eingetragen.
Forderung am 3. Dezember
1915.

Prof. Dr. Hermann
Kunst- & Landwirth

Lp
 Kinnke Kisten
 Kinnke,
 W. 8.

G. 8.
r. 35. Allgemeiner Vordruck für Bekanntmachungen
in Grundbuchsachen.

Verlagsgesellschaft Reinhold Röhren A.G., Berlin SW 68

W. K. /

Berlin, den 23. 12. 1927

Abschrift erhält die Kasse zur Kenntnissnahme und Bericht-
gung des Manuals und der Dokumentenkontrolle.

Der Präsident

Im Auftrage

[Handwritten signature]

B 19

76

J. Nr. 1223

[Handwritten signature]
Ab mit 1 Hypothekenbrief
[Handwritten signature]

, den 24. 11. 1927.

Betrifft: Grundbuchamt Berlin-Steglitz 784/51

Mit Bezug auf das gefällige Schreiben vom 18. d.
Mts. übersenden wir Ihnen anliegend den Hypotheken-
brief Nötzig.

Der Präsident

Im Auftrage

[Handwritten signature]

An

das Amtsgericht

Berlin-Schöneberg
Grünwaldstrasse 66/67

B 19

Berlin, den 23. 12. 1927

Abschrift erhält die Kasse zur Kenntnissnahme und Bericht

20
77
Amtsgericht Berlin-Schöneberg

Berlin-Schöneberg, den 18. November 1927.

Grunewaldstraße 66/67.
Fernruf: Stephan 4828, — 4825, 4880 u. 4881.

Sprechstunden von 11 — 1 Uhr.

Geschäftsnummer:

Bei Antwortschreiben ist die vorstehende
Geschäftsnummer anzugeben.

Grundbuchamt Berlin - Steglitz 784/51.

Grundstück : Berlin - Steglitz, Grunewaldstrasse 23.

Eigentümer : Direktor Georg Nötzig in Berlin - Steglitz,
Grunewaldstrasse 23.

zu Gesch. Zeichen : J. No 1161.

Auf Ihr gefl. Schreiben vom 14. November 1927.

Zur Eintragung der Umwandlung der Hypothek
Abteilung III No. 4 in eine Grundschild bedarf es noch
der Einreichung des Briefes.

Hierzu setzen wir Frist bis zum 20. Dezem-
ber 1927.

gez. Dr. Neuendorff
Amts - und Landrichter.

Beglaubigt :



Kanzleiangestellter
als Gerichtsschreiber.

Preussische Akademie
der Künste
in W. 8, Patiserplatz 4.

Berlin, den 23. 12. 1927

Amtsgericht Bln.-Schöneberg
Gründelstr. 66/67
Berlin-Steglitz 784/51
An die Preussische Akademie
Der Künste

BERLIN W. 8.

Pariser Platz 4



Amtsgericht Berlin-Schöneberg

J. Nr. 1161

den 14. 11. 1927.

Auf das Schreiben vom 22. v. Mts. Grundbuchamt Berlin-Steglitz Nr. 784/49 erwidern wir ergebenst, dass seitens der Erben des Geheimen Rechnungsrates Schneider durch ihren Vertreter Rechtsanwalt Eckart bei der Aufwertungsstelle der Antrag gestellt worden ist, sie von der Aufwertungsverpflichtung als persönliche Schuldner zu entbinden. Wir haben uns auf diesen Antrag hin mit unserem Schreiben vom 21. März d. Js. Nr. 487 damit einverstanden erklärt, dass nach dem Ermessen der Aufwertungsstelle eine Verteilung der Aufwertungsverpflichtung als persönliche Schuldner auf die Schneider'schen Erben und dem jetzigen Eigentümer des Hauses Direktor Nötzig vorgenommen wird. Daraufhin erhielten wir unter dem 5. April d. Js. (Aktenzeichen 13. Aw. 335.25. Steglitz 784.6.) von der Aufwertungsstelle die Mitteilung, dass es sich empfehlen würde, die gesetzliche Aenderung des Aufwertungsgesetzes abzuwarten, die es vielleicht ermöglichen würde, die Hypothek in eine Grundschuld umzuwandeln und

damit

An

das Amtsgericht-Grundbuchamt-

Berlin-Schöneberg

demit die persönlichen Schuldner zu entlassen.

Wir haben daher mit unserem Schreiben vom 15. September
d. Js. Nr. 1080 dortselbst die Umwandlung der Nötzig'schen
Hypothek in eine Grundschild beantragt und gleichzeitig
der Aufwertungsstelle hiervon Mitteilung gemacht.

Der Präsident

Im Auftrage

19
20
Amtsgericht Berlin-Schöneberg

Berlin-Schöneberg, den 22. Oktober 1927.
Grunewaldstraße 66, 67.
Fernruf: 4823-25

Geschäftsnummer:

Bei Antwortschreiben ist die vorstehende
Geschäftsnummer anzugeben.

K. Akademie Künste Berlin
No. 1161 * 26. Okt. 1927
Grundbuchamt Berlin - Steglitz 784/49

Grundstück Berlin - Steglitz, Grunewaldstr. 23.
Eigentümer : Direktor Georg Nötzig in Berlin -
Steglitz, Grunewaldstr. 23.

Auf Ihr gefl. Schreiben vom 15. Oktober 1927.

zu J. Nr. 1080.

Nach § 5 des Gesetzes vom 9. Juli 1927
kann die nachträgliche Umwandlung einer aufgewer-
teten Hypothek in eine Grundschild beantragt werden,
wenn ein Verfahren zur Festsetzung einer geringeren
Aufwertung der persönlichen Forderung anhängig ist, o-
der wird.

X Zum Nachweis setzen wir eine Frist von 1 Monat.

gez. Dr. Neuendorff
Amts - und Landrichter.

Beglaubigt :



S. Soebel
Kanzleiangestellter
als Gerichtsschreiber.

Bische Akademie

erlin W. 8



WIESER
das Heilmittel
Leukisches
Heilmittel
Antsgericht Bln - Schöneberg
Grunewaldstr. 66/67
Berlin-Steglitz 784.
An die Preussische Akademie
zu J. Nr. 1080
Berlin W. 8
Pariser Platz 4

Nr. 1080

den 15.9.1927

Einschreiben

Auf das Schreiben vom 9. d. Mts. - 13. Aw. 335. 1925. 6 -
erwidern wir ergebenst, daß wir bei dem Grundbuchamt die Um-
wandlung der Hypothek Nötzing in eine Grundschuld beantragt
haben. Es wird daher unsererseits ein Antrag auf Festsetzung
der persönlichen Forderung für die genannte Hypothek nicht
mehr gestellt.

Der Präsident

Im Auftrage

Mit Bezug auf Artikel 12 des Gesetzes über
die Verzinsung aufgewarteter Hypotheken und ihre Umwand-
lung in Grundschulden sowie über Verzinsungen vom 9. Juli
1927 beantragen wir die Umwandlung der genannten Hypothek
in eine Grundschuld.

Der Präsident

Im Auftrage

Antsgericht
Grundbuchamt
Antsgericht
Grundbuchstelle
Schöneberg
Grunewaldstr. 66/67

den 15.9.1927

W. K. H. G.

Nr. 1080

Einschreiben

Für die Preussische Akademie der Künste - Buchhorn-
Stiftung- ist auf dem, dem Direktor Georg Nötzig gehörigen,
im Grundbuch von Berlin-Steglitz Band 25 Blatt 784 ver-
zeichneten Grundstück unter Abteilung III Spalte 1-4
Spalte 4 rechte Halbspalte eine Hypothek von 2483,74 Gold-
mark in Worten : " Zweitausendvierhundertdreiundachtzig
Goldmark 74 Goldpfennige eingetragen.

Mit Bezug auf Artikel 2 §§ 4,5 des Gesetzes über
die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwand-
lung in Grundschulden sowie über Vorzugsrenten vom 9. Juli
1927 beantragen wir die Umwandlung der genannten Hypothek
in eine Grundschuld.

Der Präsident

Im Auftrage

A. H.

Grundbuchamt
Stadtsgericht

Bl. - S ch ö n e b e r g

Grünwaldstr. 66/67

den 15.9.1927

Nr. 1080

Auf das Schreiben vom 9. d. Mos. - 15. AW. 1927. 6 -
erwidern wir ergebend, das wir bei dem Grundbuchamt die Um-
wandlung der Hypothek Nötzig in eine Grundschuld beantragt
haben. Es wird daher unsererseits ein Antrag auf Festsetzung
der persönlichen Forderung für die genannte Hypothek nicht
mehr gestellt.

Der Präsident

Im Auftrage



Grundbuchamt
Stadtsgericht

Bl. - S ch ö n e b e r g

Grünwaldstr. 66/67

1927

Aufwertungsstelle
gericht Berlin-Schöneberg

Beschäftsnummer: 13.Aw. 335.1925.6

Bei Antwortschreiben ist die vorstehende
Geschäftsnummer anzugeben.

Berlin-Schöneberg, den 9. September 1927

Grünwaldstraße 66/67.
Fernruf: Stephan 4823-4825.

Sprechstunden von 11-1 Uhr
Fernruf: Stephan 4823-4825,

In der Aufwertungssache Buchhorn Stiftung gegen
Nötzing und Gen. wird angefragt, ob Antrag auf Umwandlung
der Hypothek in eine Grundschuld gestellt ist und ein
Antrag auf Festsetzung der persönlichen Forderung ihrer-
seits nicht mehr gestellt wird?



gez. Dr. Jaenichen, Gerichtsassessor.

Beglaubigt

Bachmann, Kanzleiangestellte.

den 13.9.1927

1927

Buchhorn

Die die Freigabe des Grundstücks der Buchhorn
Stiftung ist auf dem dem Direktor Georg Nötzing
im Grundbuch von Berlin-Schöneberg Band 25 Blatt 104 ver-
zeichneten Grundstück unter Abteilungs III Spalte 1-4
Spalte 4 rechte Halbspalte eine Hypothek von 240,75 Gold-
mark in Worten: "zweihundertvierzig und siebenhundertfünfzig
Goldmark 75 Goldpfennige eingetragen.
Mit Bezug auf Artikel 11 § 2 des Gesetzes über
die Vereinfachung der Hypothek und ihre Umwand-
lung im Grundbuch sowie über Vorzugsgewinn vom 9. Juli
1927 beantragen wir die Umwandlung der genannten Hypothek
in eine Grundschuld.

Der Präsident
im Auftrag

Amtsgericht
Buchhorn

Buchhorn
Grünwaldstr. 66/67

12. 1927

Gesetzliche Gerichtsbarkeit 21bl.
des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg
13. Av. 335. 1925. 6
Stegl. 784

An die

Preussische Akademie der Künste

Berlin W. 8.
Pariser Platz 4.



Lehrerwingshaller

Amtsgericht Berlin-Schöneberg

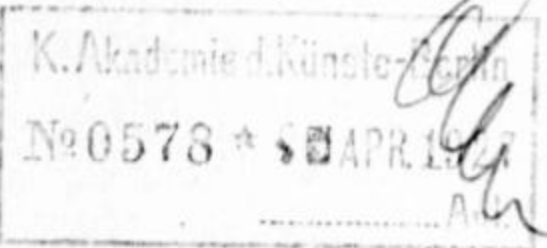
Berlin-Schöneberg, den 5. April 1927

Grünevaldstraße 66/67.
Fernruf: Stephan 4823-25.
Sprechstunden von 11-1 Uhr.

Geschäftsnummer 13. Av. 335. 15.

Stegl. 784. 6.

Bei Antwortschreiben ist die vorstehende Geschäftsnummer anzugeben.



In der Lehrwingshaller Buchhandlung
Stiftung v. Nörwig & Genossen sind für eine
bestimmte Zeitdauer über die gesamte Zeit
wirdigen, falls die Hypothek nicht eingetragenen
ist. Es würde sich empfehlen, die gesamte Zeitdauer
der Lehrwingshaller Buchhandlung, die in
vielfach möglichkeit nicht, die Hypothek in eine
Grundpfand einzuregistrieren und somit die gesamte
Ligen Zeitdauer zu verlängern.

gez. Dr. Faunichen

Gericht. Appell.

Beglaubigt

Kanzleiangestellter.
Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg



W. Meyer am 6. Mai 1927.
Folgt, am 13. Mai 1927.
Dr. Faunichen.

[Signature]

309

12. 12. 1927

PREUSSISCHE AKADEMIE DER KÜNSTE
ZU BERLIN

Tgb. Nr. 113

Berlin W 8, den 18. 5. 1927.

Reichsschuldenverwaltung

Berlin S W 68, den 5. 5. 1927.

- Schuldbuch -

Konto : Abt. 5. Nr. 12105

An die Preussische Akademie der Künste zu Berlin W 8.

BENACHRICHTIGUNG

Dies Schriftstück ist keine Verschreibung über die Forderung; eine solche wird nicht ausgestellt. Die Rechte des Gläubigers beruhen allein auf der Eintragung im Schuldbuch. Über die Eintragung wird nur diese Benachrichtigung erteilt.

Die Markanleiheforderung. Nr. 113

laut anliegender Aufstellung auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. 7. 1925 (R. G. Bl. I S. 137) und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen für diese... in eine Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reichs über ... 500 RM ... Pf. umgetauscht. Dieser Betrag ist im Reichsschuldbuch über die Anleiheablösungsschuld auf dem oben bezeichneten Konto heute eingetragen worden.

Von dem gelöschten Konto der Markanleihe ist auf das neue Konto mitübertragen worden :

Behörde, welche die Verwaltung der Masse führt : Preussische Akademie der Künste

An der Auslosung ist der Gläubiger mit folgenden im Schuldbuch eingetragenen Auslosungsrechten beteiligt :

Buchstabe A	Gruppe Nr. 46538	zu	12 RM 50 Pf.	1 Stück über	12 RM 50 Pf.
B	35	34122	25	1	25
C	18	38917	100	1	100

zusammen

3 Stück über 137 RM 50 Pf.

Wegen Verwendung des Restbeitrages und wegen der neuen Schuldverhältnisse verweisen wir auf anliegenden Druckzettel.

Reichsschuldenverwaltung

Beglaubigt

Stempel

Unterschrift

An

die Kasse der Preussischen Akademie der Künste
Berlin W 8



12. 1927

Abschrift erhält die Kasse unter Beifügung der oben
erwähnten Aufstellung mit der Anweisung, d. Nettobetrag . .
der Markanleiheforderung von zusammen

..... 2237. - P M

buchstäblich
bei den Kapitalien abzusetzen und dafür die Anleihe - Ablö-
sungsschuld mit

..... 557. - R M

buchstäblich
sowie unter neuer Nummer das gewährte Auslosungsrecht mit

..... 1325. - R M

buchstäblich
in Zugang zu bringen.

Dieses Schreiben gilt gleichzeitig als Depotquittung.

Die Dokumentenkontrolle und das Handbuch sind zu be-
richtigen.

Ueber die Verwendung des verbleibenden Spitzenbetrags von P M ergeht besondere Anweisung.

Der Präsident

Im Auftrage



12. 1927

Reichsschuldenverwaltung

— Schuldbuch —

Konto: Abt. V Nr. 17105

Die Eingaben ist die Kontenbezeichnung anzugeben

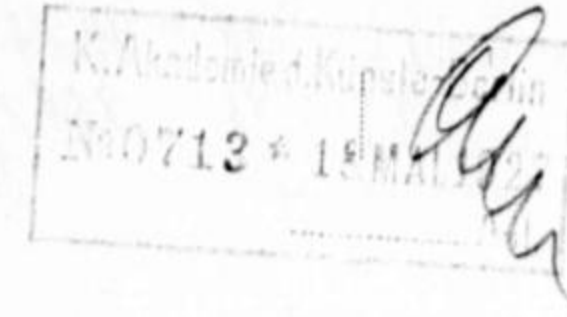
Berlin SW 68, den 5. Mai 1927
Oranienstraße 106—109
Fernruf: Dönhoff 4500—4505

An

Sie Akademier
der Künste

Berlin W. 6
Panierplatz 4

2



Benachrichtigung

Dies Schriftstück ist keine Verschreibung über die Forderung; eine solche wird nicht ausgestellt.
Die Rechte des Gläubigers beruhen allein auf der Eintragung im Schuldbuch.
Über die Eintragung wird nur diese Benachrichtigung erteilt.

Für Markanleiheforderung ist Briefmarken

laut anliegender Aufstellung auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. 7. 1925 (R. G. Bl. I S. 137) und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen für Sie in eine Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reichs über 550 RM Pf. umgetauscht. Dieser Betrag ist im Reichsschuldbuch über die Anleiheablösungsschuld auf dem obenbezeichneten Konto heute eingetragen worden.

Von dem gelöschten Konto der Markanleihe ist in der Annahme Ihres Einverständnisses auf das neue Konto mitübertragen worden:

als Dritte Person, welche nach dem Tode des Gläubigers der Reichsschuldenverwaltung gegenüber die Gläubigerrechte auszuüben befugt ist:

Lebende Person Sie
Verwaltung der Kasse führt: Akademier

Die Eintragung einer zweiten Person bezieht sich auf das ganze Konto, also ohne weiteres auch auf alle diesen Konto zuzurechnenden Beträge.

12. 1927

An der Auslösung *sind die* mit folgenden im Schuldbuch eingetragenen Auslösungsrechten beteiligt:

Buchstabe	Gruppe	Nr.	zu	12 RM 50 Pf.	1 Stück über	12 RM 50 Pf.
A	35	34 122	25	1	25	1
B	18	389 14	100	1	100	1

zusammen ... 3 Stück über 137 RM 50 Pf.

Falls die Personal- oder Wohnungsverhältnisse nicht mehr zutreffend sind, ersuchen wir um entsprechende Mitteilung zu obigem Kontenzeichen; Postkarte genügt.

Der »Zweiten Person« wollen Sie von der erfolgten Umschreibung gefälligst Kenntnis geben.

Wegen der neuen Schuldverhältnisse verweisen wir auf anliegenden Druckzettel.

Wegen Vermendung des Restbetrages, etwaiger Erweiterung Ihrer Rechte aus ~~Unbefugnis~~ und wegen der neuen Schuldverhältnisse verweisen wir auf anliegenden Druckzettel.

Reichsschuldenverwaltung



Beglaubigt:

[Signature]

9224. 26. 11a 2.

§ 10 Absatz 1 des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 (R. G. Bl. 1 S. 137) lautet:

- Markanleihen gelten als vor dem 1. Juli 1920 erworben,
- wenn sie der Gläubiger nach dem 30. Juni 1920 von einer Bank, einem Bankier, einer Sparkasse oder einer Versicherungsgesellschaft in Erfüllung eines vor dem 1. Juli 1920 begründeten Anspruchs erworben hat,
- wenn sie dem Gläubiger eine Bank nach dem 30. Juni 1920 in Erfüllung eines darlehnsartigen Verwahrungsvertrags übereignet hat, sofern der Gläubiger der Bank früher auf Grund des gleichen Vertrags das Eigentum an Markanleihen übertragen hat, die er vor dem 1. Juli 1920 erworben hatte, und er gegen sie einen Anspruch auf Markanleihen gleicher Art und gleichen Betrags von dieser Übertragung bis zum Erwerbe der umzutauschenden Anleihen ununterbrochen gehabt hat; der Bank steht ein Bankier oder eine Sparkasse gleich,
- wenn sie nach dem 30. Juni 1920 in das Schuldbuch eingetragen sind, ihre Eintragung aber der Gläubiger vor dem 1. Juli 1920 beantragt hat,
- wenn sie der Gläubiger bei einer Umwandlung von Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen oder von Schuldbuchforderungen in Schuldverschreibungen nach dem 30. Juni 1920 erworben hat, sofern ihm die umgewandelten Schuldverschreibungen oder Schuldbuchforderungen vom 1. Juli 1920 an bis zur Umwandlung ununterbrochen gehört haben,
- wenn sie der Gläubiger von Todes wegen, durch Gütergemeinschaft, bei Auseinandersetzung einer Erbengemeinschaft oder Gütergemeinschaft, als Ausstattung, mit Rücksicht auf ein künftiges gesetzliches Erbrecht, als Geschäftsherr von einem Treuhänder oder durch Übertragung eines Vermögens als Ganzes nach dem 30. Juni 1920, der Erblasser oder der sonstige Rechtsvorgänger aber vor dem 1. Juli 1920 erworben hat und sie diesem bis zum Rechtsübergang ununterbrochen gehört haben,
- wenn sie der Gläubiger im Tausche gegen Markanleihen, die er vor dem 1. Juli 1920 erworben hat, nach dem 30. Juni 1920 von einer Behörde oder von der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft erlangt hat,
- wenn sie dem Gläubiger zur Erstattung von Steuern, die er mit Markanleihen entrichtet hatte, nach dem 1. Juli 1920 übereignet worden sind.

Druck Nr. 98.

9210. 26. 11a 2.

I. Umtausch der Markanleihen.

Der Umtausch der Markanleihen des Reichs (§ 2 des Gesetzes vom 16. Juli 1925 [R. G. Bl. I S. 137]) in Anleiheablösungsschuld erfolgt in der Weise, daß für je 750 *M* der Sparprämienanleihe und im allgemeinen für je 500 *M* der übrigen Anleihen 12,50 *RM* (Reichsmark) Anleiheablösungsschuld gewährt werden; dieser Betrag stellt den kleinsten Wertabschnitt der Anleiheablösungsschuld und damit die kleinste in das Reichsschuldbuch der Anleiheablösungsschuld einzutragende Forderung dar. Nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes kann eine Verzinsung der Anleiheablösungsschuld bis zum Erlöschen der Reparationsverpflichtungen nicht gefordert werden.

II. Was kann mit Schuldbuchforderungen der Markanleihen geschehen, die nicht durch 500 teilbar sind.

Über den bei dem Umtausch verbleibenden Restbetrag der Markanleihen — vgl. anl. Aufstellung — kann der Gläubiger wie folgt verfügen:

- a) Er kann Schuldbuchkunden verlangen, muß aber zu diesem Zweck einen entsprechenden Antrag bei uns stellen.
- b) Der Restbetrag kann durch Einwendung von Schuldverschreibungen (freien Stücken) der Markanleihen auf 500 *M* erhöht werden, damit die Umwandlung in 12,50 *RM* Anleiheablösungsschuld und die Eintragung dieses Betrages in das Schuldbuch möglich wird.

Zur Einwendung kommen nur Schuldverschreibungen der alten Reichs- und früheren preussischen Staatsanleihen in Frage.

Nach Ablauf der Umtauschfrist abgelieferte Schuldverschreibungen der Markanleihen können als Altbesitz nicht mehr anerkannt werden.

III. Grundsätze für die Führung des Nachweises über Altbesitz.

Schuldbuchforderungen der Markanleihen des Reichs, die der Gläubiger nachweislich vor dem 1. Juli 1920 erworben hat und die ihm von dem Erwerbe an ununterbrochen gehört haben, sind Altbesitzanleihen.

Als Nachweis des Altbesitzes dienen geeignete Urkunden (Bankausweise, Zeichnungsscheine usw.).

Der Antrag auf Gewährung von Auslosungsrechten für Schuldbuchforderungen, die von uns nicht als Altbesitz anerkannt worden sind — vgl. anl. Aufstellung —, muß mit dem Nachweise des Altbesitzes innerhalb eines Monats nach Empfang dieser Benachrichtigung bei uns gestellt werden.

IV. Das Recht der Auslosung.

Wer Anleiheablösungsschuld im Umtausch gegen Altbesitzanleihen erhält, hat das Recht, an der Tilgung der Anleiheablösungsschuld teilzunehmen (Auslosungsrecht). Das Auslosungsrecht wird in Höhe des Nennbetrages der Anleiheablösungsschuld gewährt, den der Gläubiger im Umtausch für seine Altbesitzanleihen erhält. Natürliche Personen erhalten folgende Auslosungsrechte: bis 12 500 *RM* Anleiheablösungsschuld aus Altbesitzanleihen in voller Höhe,

für die weiteren 25 000 *RM* Anleiheablösungsschuld aus Altbesitzanleihen = $\frac{1}{2}$ des Nennbetrages,

für die weiteren 25 000 *RM* Anleiheablösungsschuld aus Altbesitzanleihen = $\frac{1}{3}$ des Nennbetrages und

für die weiteren 25 000 *RM* Anleiheablösungsschuld aus Altbesitzanleihen = $\frac{1}{4}$ des Nennbetrages.

Ein gezogenes Auslosungsrecht wird durch Barzahlung des Fünffachen seines Nennbetrages eingelöst und der Einlösungsbetrag mit jährlich $4\frac{1}{2}$ v. H. vom 1. Januar 1926 an bis zum Ende des Jahres, in dem das Auslosungsrecht gezogen wird, verzinst; die Zinsen werden mit dem Einlösungsbetrage gezahlt.

Von der erfolgten Ziehung der Auslosungsrechte werden die Schuldbuchgläubiger von der Reichsschuldenverwaltung benachrichtigt werden.

Bu V b 1989

2x mit
1. Hand
5. 2. Hand

Futur

29

Antrag

auf Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente.

Für jeden Antrag sind 2 Antragsformulare gleichlautend auszufüllen. Jedes ausgefüllte Formular ist zu unterschreiben.

An

den Ausschuß für die soziale Wohlfahrtsrente

in Charlottenburg
Ober-Präsidium

Auf Grund der nachstehenden Angaben wird für die von der Preussischen Akademie

der Künste verwalteten "Buchhorn-Stiftung"

(Name des Trägers der Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege, für den die Rente beantragt wird)

für Auslosungsrechte im Betrage von 975 RM eine soziale Wohlfahrtsrente beantragt.

Die Satzung und ein Tätigkeitsbericht der Einrichtung der Wohlfahrtspflege sind beigelegt.

Berlin, den 25. April 1927

Preussische Akademie der Künste

Der Präsident
I. A.

Name und Wohnung des Antragstellers (bei Vereinen, Stiftungen und anderen juristischen Personen sind Name und Sitz des Vereins usw. sowie Name, Stellung und Wohnung der beantragenden Vorstandsmitglieder anzugeben)

[Signature]

B19

Begründung

A. Die Verhältnisse des Trägers der Wohlfahrtspflege-Einrichtung, für den die Rente beantragt wird.

Frage	Antwort
1. Name des Trägers der Einrichtung der Wohlfahrtspflege:	Preussische Akademie der Künste
2. Sitz des Trägers bzw. Ort, an dem die Verwaltung geführt wird:	Berlin
3. Rechtsstellung des Trägers (z. B. eingetragener Verein, nicht rechtsfähiger Verein, öffentlich-rechtliche Körperschaft, selbständige Stiftung):	Staatsbehörde
4. Name und Sitz der Einrichtung der Wohlfahrtspflege, deren Träger der Antragsteller ist, und der die Auslosungsrechte, für die die Rente beantragt wird, gewidmet sind:	Buchhorn-Stiftung
5. Welche Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege erfüllt die Einrichtung zu 4?	Die Stiftung hat den Zweck
6. In welcher Weise übt die Einrichtung zu 4 die Wohlfahrtspflege aus?	hilfsbedürftigen Künstlern
7. Welchem Personenkreis ist die wohlfahrtspflegerische Tätigkeit der Einrichtung gewidmet?	Unterstützungen zu gewähren
8. a) Ist die Einrichtung oder ihr Träger von einer Gebietskörperschaft oder einem sonstigen Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege (Staat, Gemeinde, Gemeindeverband, Träger der Sozialversicherung oder ähnliches) errichtet? b) Bei Bejahung von a: von wem und in welcher Weise ist die Einrichtung oder ihr Träger errichtet?	
9. Besteht das Vermögen der Einrichtung oder ihres Trägers ganz oder teilweise aus Zuwendungen, die ein Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege gemacht hat?	
10. Bei Bejahung der Fragen zu 8a oder 9: a) Von wem stammt das vorhandene Vermögen der Einrichtung oder ihres Trägers? b) Welchen Verwendungszweck hat der Zuwendende für das Vermögen bestimmt? c) 1. Wird das Vermögen im Zusammenhang mit dem Vermögen eines Trägers der öffentlichen Wohlfahrtspflege verwaltet? 2. Bei Bejahung von 1: In welcher Weise und durch welche Personen wird das Vermögen verwaltet? d) Wer entscheidet über die Anlage und die Verwendung des Vermögens?	

Frage	Antwort
a) Sind für die Angestellten oder Beamten der Einrichtung Gehaltszuschüsse auf Grund des § 60 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1923 (RGBl. I S. 494) gezahlt worden? b) Bei Bejahung von a: Standen die Beamten oder Angestellten im Dienst einer Gebietskörperschaft?	
a) Gehört die Einrichtung oder ihr Träger einem Reichsspielenverband der freien Wohlfahrtspflege an? b) Bei Bejahung von a: Name des Verbandes und gegebenenfalls auch der für die Einrichtung zuständigen Zweigorganisation:	
a) Welcher Stelle soll die Entscheidung über den Antrag mitgeteilt werden? b) An wen soll die Rente gezahlt werden — gegebenenfalls Angabe des Postscheckkontos —?	der Pr. Akademie der Künste Kasse der Pr. Akademie der Künste Postscheckkonto Nr. 145 55
B. Angaben über den Anleihebesitz, auf Grund dessen die soziale Wohlfahrtsrente beantragt wird.	
1. Nur auszufüllen, falls dem Träger der Einrichtung bereits Auslosungsrechte für seine Markanleihen des Reiches zuerkannt worden sind; andernfalls vgl. Ziff. II.	
1. Nennbetrag der Auslosungsrechte, auf Grund deren die soziale Wohlfahrtsrente beantragt wird:	475 R.M. — Rpfg.
2. Bezeichnung der einzelnen Auslosungsrechte nach Buchstabe, Gruppe und Nummer; bei Auslosungsrechten, die im Schuldbuch eingetragen sind, auch Angabe der Kontobezeichnung: Falls die Auslosungsrechte zwar zuerkannt, aber dem Antragsteller noch nicht ausgereicht sind, ist dies unter 2 anzugeben; in diesem Falle ist die Frage zu 2 nicht zu beantworten.	Buchstabe..... Gruppe..... Nr..... Schuldbuchkonto: Abt. I — Nr. 7 333
3. a) Wem sind die Auslosungsrechte in der Entscheidung über den Anleihebesitzantrag zugesprochen? b) Durch welche Behörde und durch welche Entscheidung sind die Auslosungsrechte zuerkannt?	der Pr. Akademie der Künste Anleihebesitzstelle in*) Reichskommissar für die Ablösung der Reichsanleihen alten Bestandes.*) Reichsschuldenverwaltung.*) *) Nichtzutreffendes ist zu streichen.
4. Für welche Markanleihen des Reiches sind die Auslosungsrechte zuerkannt? (Angabe der Anleihegattung und des Nennbetrags, bei Schuldbuchforderungen auch Angabe der Kontobezeichnung.)	Datum der Entscheidung 26. 10. 1926 Abkürzung der Entscheidung Konto V Nr. 7 333
5. In welcher Form waren die Markanleihen zu 4. in erkennbarer Weise, nicht nur vorübergehend, der Einrichtung am 15. Juli 1925 gewidmet?	19000 Mark 3 1/2 % Pr. Staatsschuld Konto VI Nr. 3351
Dem Antrage ist, falls die Auslosungsrechte nicht im Schuldbuch eingetragen sind, die Bescheinigung der Ermittlungsstelle (Bank, Sparkasse o. ähnl.) oder der Schuldenverwaltung über die Zuteilung der Auslosungsscheine beizufügen. Die Auslosungsscheine selbst sind erst auf Grund besonderer Aufforderung einzusenden.	

Frage	Antwort
-------	---------

II. Nur auszufüllen, falls die Auslosungsrechte zwar beantragt, aber noch nicht zugelassen sind.

1. Bei Besitz von Anleihebüchern (Gläubiger von Schuldbuchforderungen beantworten die Frage zu II, 2)

a) Bei welcher Vermittlungsstelle (Bank, Sparkasse, Genossenschaft usw.) ist für die Altbesitzeranleihen die Gewährung von Auslosungsrechten, die die soziale Wohlfahrtsrente begründen sollen, beantragt?

b) An welchem Tage ist der Antrag bei der Vermittlungsstelle eingereicht?

c) Name der Anleihealtbesitzerstelle.

d) Auf Grund welcher Markanleihen des Reichs und welcher Anleihebeträge sind die Auslosungsrechte, welche die soziale Wohlfahrtsrente begründen sollen, für den Anleihegläubiger beantragt?

e) In welcher Form waren die Markanleihen zu d in erkennbarer Weise, nicht nur vorübergehend, der Einrichtung am 15. Juli 1925 gewidmet?

2. Bei Besitz von Schuldbuchforderungen:

a) Auf welche Schuldbuchforderungen über Markanleihen alten Besitzes wird der Antrag auf Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente gegründet?

b) In welcher Form waren die Markanleihen zu a in erkennbarer Weise, nicht nur vorübergehend, der Einrichtung am 15. Juli 1925 gewidmet?

Firma:

Ort:

Finanzamt in

„ „ Vorkriegs- und Kriegsanleihe des Reichs,

„ „ Deutsche Sparprämienanleihe

„ „

Schuldbuch (Reich, Land): Reichsschuldbuch

Anleiheart: 5 % Reichsanleihe

Nennbetrag der Forderung: 20 000 M

Bezeichnung des Kontos: Konto VI R

Zum Nachweis der Richtigkeit der vorstehenden Angaben wird Bezug genommen auf

Ich versichere(n), daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Ich bin bereit, ihre Richtigkeit an Eides Statt zu versichern.

Wir sind

Berlin, den 25. April 1927
Preussische Akademie der K
Der Präsident
I. A.

(Unterschrift)

2050. 27. 11a

Buchhornsche Stiftung.

Der im November 1856 zu Berlin verstorbene Professor Karl Ludwig Bernhard Christian Buchhorn hat in seinem Testament vom 14. Juni 1853 der Akademie der Künste zu Berlin ein Legat von 10 000 Talern mit der Bestimmung vermacht, dass die Einnahmen für hilfsbedürftige, arme Künstler verwendet werden sollen.

Die Verwaltung des Kapitals und die Auswahl der Künstler soll dem Senate der Akademie zustehen.

Durch die allerhöchste Order vom 21. Januar 1857 ist der Akademie der Künste die landesherrliche Genehmigung zur Annahme des Legates erteilt worden.

Für die Verwaltung der Stiftung besteht ein Statut nicht.

66726

Rekart.

37
20
33
34
32

Buchhornsche Stiftung.

Der im November 1856 zu Berlin verstorbene Professor
Karl Ludwig Bernhard Christian B u c h h o r n hat in seinem
Testament vom 14. Juni 1853 der Akademie der Künste zu Berlin
ein Legat von 10 000 Talern mit der Bestimmung vermacht, dass
die Zinsen für hilfsbedürftige, arme Künstler verwendet werden
sollen.

Die Verwaltung des Kapitals und die Auswahl der Künstler soll
dem Senate der Akademie zustehen.

Durch die allerhöchste Order vom 21. Januar 1857 ist der
Akademie der Künste die landesherrliche Genehmigung zur Annahme
des Legates erteilt worden.

Für die Verwaltung der Stiftung besteht ein Statut nicht.

Berlin, den 22. April 1857

Präsident der Akademie der Künste
Karl Friedrich

Abgerichtet

Königliche Akademie der Künste
Gründungs- und Statuten-Comité

Nr. 487

den 21. März 1927

Auf das Schreiben vom 1. September v. Js. - 13. Aw. 335
1925/4 Stgl. 784 - erwidern wir ergebenst folgendes:

Dem Antrag des Rechtsanwalts Bokart, die Erben des Geheimen
Rechnungsrats Schneider von der Aufwertungsverpflichtung als per-
sönliche Schuldner zu entbinden, können wir nicht zustimmen. Wir
sind aber damit einverstanden, daß nach dortigem Ermessen eine Ver-
teilung der Aufwertungsverpflichtung als persönlicher Schuldner
auf die Schneider'schen Erben und den jetzigen Eigentümer der
Häuser Direktor Nötzig vorgenommen wird.

Der Präsident

Im Auftrage

s Amtsgericht

Bln- S c h ö n e b e r g

Grunewaldstr. 66/67

AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

Berlin W 8 den 11. Februar 1927
Pariser Platz 4

Urschriftlich

dem rechts- und verwaltungskundigen Mitgliede des Senats
Herrn Ministerialdirektor N e n t w i g

B e r l i n

mit dem Bemerken ergebenst zurückgereicht, dass der Schriftsatz des Rechtsanwalts Eckart meinem Schreiben vom 5. Februar beigelegt war. Ich beehre mich, sämtliche Anlagen meines Schreibens vom 5. d. Mts. nochmals vorzulegen.

Der Präsident

Im Auftrage

Verpflichtung mit Anlagen

Wm Green (unidentified)

nytt skick. De fästa anseende man, att det för en stund för-
trödde sig till K. M. S. förresten fundera, att det är som 12/16. De
fästa anseende man.

Da das Dorf einflusslos ist, dem Ortsrat in diesem Beschlusse zu Wieder-
geben, eines Beschlusses dass i. d. d. städt. Verwaltung vom 5/12.
3. 3. 1900. l. W. W. 1/3.

dan ST. John 1951

584.2

Auf das Schreiben vom 1. September v. J. - 13. Av. 355

1925/4 Stgl. 784 - erwidern wir ergebenst folgendes:

Dem Antrag des Rechtsanwalts Bekart, die Kupon des Geheimes

Rechnungsrats Schneider von der Antwortungsverpflichtung als vor-

ähnliche Schulden zu erfinden, können wir nicht erwarten. Wir

und aber damit einverstanden, das nach folgenden Kriterien eine Ver-

Teilung der Antwortungsverpflichtung als persönlicher Gesamtschuldner

auf die Schmiedel'schen Erben und den jetzigen Eigentümer der

Häuser Direktor Nöcker vorgenommen wird.

Der Präsident

095737NA mL

Antesigned

Благодарю -

7d/dd .rtablawenurD

AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

Berlin W8 den 5. Februar 1927
Pariser Platz 4

Urschriftlich

dem rechts- und verwaltungskundigen Mitgliede des Senats
Herrn Ministerialdirektor N e n t w i g

B e r l i n

mit dem Schriftsatz des Rechtsanwalts E c k a r t ergebenst
wieder vorgelegt. Mit Bezug auf § 15 des Aufwertungsgesetzes
vom 16. Juli 1925, richten die Erben des Geh. Rechnungsrates
S c h n e i d e r an das Amtsgericht Berlin-Schöneberg den
Antrag, sie von der Aufwertungsverpflichtung als persönliche
Schuldner auszuschliessen. Sie begründen diese Bitte damit,
dass sie gegebenenfalls infolge ihrer schwierigen wirtschaft-
lichen Lage, die durch niedriges Einkommen und dauernde
Krankheit in ~~ihren~~ Familienbedingt ist, nicht imstande sein
würden, ihren Verpflichtungen als persönliche Schuldner nach-
zukommen. Falls diesem am weitestgehenden Antrage auf Aufhe-
bung ihrer Aufwertungspflicht nicht stattgegeben werden
sollte, bitten sie darum, den jetzigen Besitzer des Hauses,
Direktor Nötzig, mit einem bestimmten Prozentsatze der Auf-
wertungssumme als persönlichen Schuldner mitheranzuziehen.
Direktor Nötzig, der mit dem Ankauf des Schneider'schen Hau-
ses unleugbar ein gutes Geschäft gemacht hat, ist zur Bei-
tragsleistung

1/2

1. von der Frau
Leistung
infrage
infrage

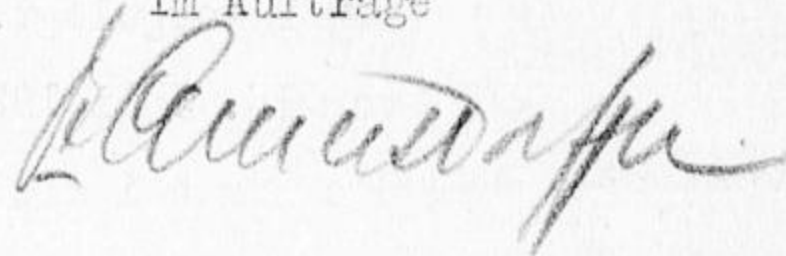
1. von der Frau
Leistung
infrage
infrage

1. von der Frau
Leistung
infrage
infrage

tragsleistung bereit, nur ist über deren Höhe zwischen den Parteien bisher noch keine Einigung erzielt worden. Da von einer Inanspruchnahme der Schneider'schen Erben als persönliche Schuldner im Interesse der Buchhorn-Stiftung wohl nicht abgesehen werden kann, dürfte es sich empfehlen dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg zu antworten, dass die Akademie gegen eine Verteilung der Aufwertungsverpflichtung als persönliche Schuldner auf die Schneider'schen Erben und Direktor Nötzig nach dessen Ermessen nichts einzuwenden habe.

Der Präsident

Im Auftrage



AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

J. Nr. 847

Berlin W8, 6. November 1926
Pariser Platz 4

Urschriftlich nebst Anlagen

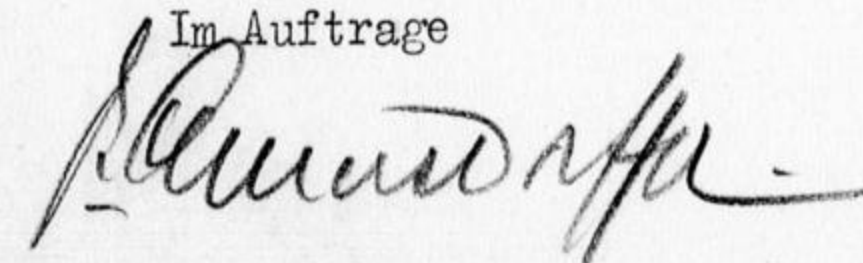
dem rechts- und verwaltungskundigen Mitgliede des Senats
Herrn Ministerialdirektor N e n t w i g

B e r l i n
=====

mit dem Bemerken ergebenst zurückgereicht, dass für die Buchhorn = Stiftung kein Statut besteht. Laut Testament vom 14. Juni 1853 hat der im November 1856 verstorbene Professor, Buchhorn der Akademie ein Legat von 10.000 Talern mit der Bestimmung vermacht, dass das Kapital als eiserner Fonds verbleibt und nur die Zinsen zur Unterstützung armer Künstler verwendet werden sollen. Das Schreiben des Amtsgericht Berlin = Schöneberg ist von uns noch nicht beantwortet worden.

Der Präsident

Im Auftrage



AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

J. Nr. 766

K. Akademie Künste
No 0847 - 10 OKT 1926

Berlin W8 den 12. September 1926
Pariser Platz 4

Liebes Herr Minister

Urschriftlich nebst Anlagen

dem rechts- und verwaltungskundigen Mitgliede des Senats

dem rechts- und verwaltungskundigen Mitgliede des Senats

Herrn Ministerialdirektor Nentwig

Herrn Ministerialdirektor Nentwig

Berlin

Berlin

zur gefälligen Kenntnisnahme

zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst vorgelegt.

Das Grundstück in Berlin-Steglitz

Das Grundstück in Berlin-Steglitz gehörte dem Geheimen

Rechnungsrat Schneider

Rechnungsrat Schneider bzw. nach dessen Tode seinen Erben und

wurde, wie aus dem beiliegenden

wurde, wie aus dem beiliegenden Schriftsatz des Rechtsanwaltes

Eckart hervorgeht, auf Grund einer am 13. April 1923

Eckart hervorgeht, auf Grund einer am 13. April 1923 erfolgten

schriftlichen Abrede an den jetzigen Eigentümer

schriftlichen Abrede an den jetzigen Eigentümer Direktor Georg

Nötzig in Breslau verkauft. Die Schneider'schen Erben

Nötzig in Breslau verkauft. Die Schneider'schen Erben hatten

vertraglich die Verpflichtung übernommen, die auf dem Grundstück

vertraglich die Verpflichtung übernommen, die auf dem Grundstück

ruhende Hypothek abzutragen. Die Hypothek wurde noch zu Lebzeiten

ruhende Hypothek abzutragen. Die Hypothek wurde noch zu Lebzeiten

des Geheimrats Schneider gekündigt und zwar am 21. September

des Geheimrats Schneider gekündigt und zwar am 21. September

1922 mit 5000RM und am 3. April 1923 ebenfalls mit 5000RM,

tember 1922 mit 5000RM und am 3. April 1923 ebenfalls mit 5000RM, zurückgezahlt

worauf die Akademie löschungsfähige Quittung unterm 25. September

worauf die Akademie löschungsfähige Quittung unterm 25. September

1922 bzw. 10. Oktober 1923 erteilte.

1922 bzw. 10. Oktober 1923 erteilte.

Für die Sicherung des Aufwertungsanspruchs der Akademie

Für die Sicherung des Aufwertungsanspruchs der Akademie

nahmen wir außer dem jetzigen Eigentümer Direktor Nötzig für die

nahmen wir außer dem jetzigen Eigentümer Direktor Nötzig für die

persönliche Forderung die Schneider'schen Erben in Anspruch. So-

eben

B-19

eben erhalten wir vom Amtsgericht Schöneberg die beiliegende Nachricht, wonach auf dem Grundstück in Steglitz an Stelle von 10 000 M 2483,75 Goldmarkdarlehen eingetragen sind.

Ich ersuche ergebenst um eine gefällige Äußerung, ob nach erfolgter Wiedereintragung der Ansprüche der Akademie eine Weiterverfolgung der persönlichen Forderung an die Schneider'schen Erben notwendig ist. Meines Erachtens hat nunmehr der jetzige Eigentümer seine Ansprüche aus dem Verkaufsvertrage hinsichtlich der Hypothekenablösung bei den Schneider'schen Erben zu stellen.

Der Präsident

Im Auftrage

P. Grawert

18. DEZ 1926

Widerspruch mit Anlagen

von Herrn Präsidenten

zugleich zurück. Die oben angegebenen unrichtigen Angaben sind nicht richtig. Wenn der Defekt richtig mitgeteilt ist, ist die Sache erledigt. Das Defizit ist dem Gericht nicht mitgeteilt worden. Ich bitte, die richtigen Angaben beizufügen.

M. T. 17.12

Aufwertungsstelle

Amtsgerichts.

Arbeitsstunden von 11-1 Uhr.

Berlin-Schöneberg, den 1. September 1926

Grunewaldstr. 66/67.

Fernruf: Stephan 4823-25.

Aw. 335.

19 25/4

K. Akademie d. Künste - Berlin

Nr 0766 * 11. SEP. 1926

Anl.

In der Aufwertungssache

..

übersenden wir anliegende Abschrift..... zur

~~Kenntnisnahme,~~

~~Gegenerklärung binnen Wochen in~~

Exemplaren.

H. Dr. Grawert

Amtsgerichtsrat

Gerichtsassessor

Beglaubigt

Sireu KanzleiSekretär.

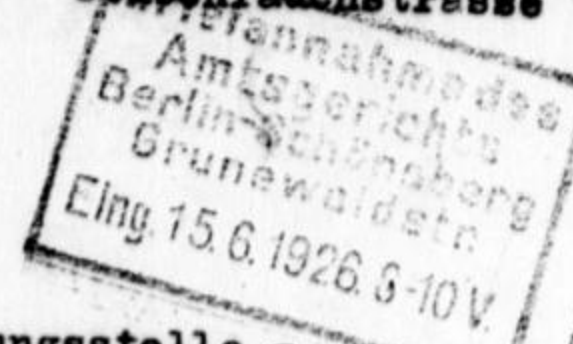
Kanzlei.....

als Gerichtsschreiber.



966726
Hr. Bokart.

39
Berlin-Friedenau, den 12. VI. 1926
Stöbenrauchstrasse 73.



An

das Amtsgericht -Aufwertungsstelle -
Berlin - Schöneberg

Betr. Aufwertungssache

Buchhorn-Stiftung / Nützig u. Genossen

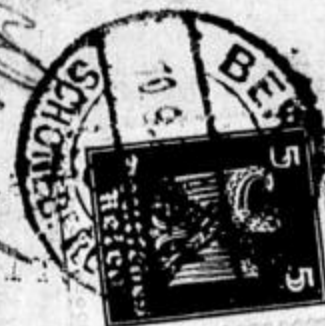
13. AW. 335. 25

Steglitz Bl. 784.

Die Antragsteller

1. Frau verw. Geheime Rechnungsrat Clara Schneider in Charlottenburg, Fritschestr. 39,
 2. Her Krankenkassenrendant Erwin Schneider in Berlin-Steglitz, Schildhornstrassevi8. 111
 3. Her Landesingenieur Karl Schneider in Berlin-Steglitz, Miquelstrasse 20 ii
 4. Her Bautechniker Walter Schneider in Berlin-Friedenau, Sponholzstrasse 5. 111
- sind Erben nach dem im Jahre 1923 verstorbenen Geh. Rechnungsrat Schneider, und zwar die Antragstellerin zu 1 als dessen Witwe und die Antragsteller zu 2 bis 4 als dessen Kinder/ erster Ehe.

26.2.23 /
Zwecks Erbauseinandersetzung mussten Antragsteller das zum Nachlass gehörige Grundstück Steglitz Bl. 784 verkaufen. Käufer war der jetzige Eigentümer, Herr Direktor Nützig. Richtig ist, dass Antragsteller als Verkäufer vertraglich die Abtragung der auf dem Grundstück ruhenden Hypothek übernommen haben. Sie kennen daher auch an, dass sie dem Grunde nach sich der Verpflichtung zur Aufwertung nicht entziehen können. Sie glauben aber, mit Recht und Erfolg die Rechtswohltat des § 15 Aufw. für sich in Anspruch nehmen zu können und machen hierfür folgendes geltend:



Das Grundstück ist im Jahre 1884 von dem Erblasser der A Antragsteller erworben und von diesem aus eigenen Mitteln und unter Zuhilfenahme des hypothekarischen Darlehns erbaut worden. Nach den beigelegten Steuerveranlagungen aus den Jahren 1910 und 1915 hatte das Grundstück einen Wert von mindestens M. 40 000.-. Antragsteller haben das Grundstück nicht freiwillig, insbesondere nicht aus spekulativen Absichten veräußert, sondern weil anders eine Erbauseinandersetzung der Miterben nicht durchgeführt werden konnte. Dem Verkauf liegt die -hier beigelegte - zwischen dem jetzigen Eigentümer und dem Antragsteller zu 3 als Beauftragten der Erben getroffene und durch ehrenwörtliche Verpflichtung bekräftigte schriftliche Abrede vom 13.4.1923 zugrunde, durch die ein Kaufpreis von 100 Millionen Papiermark vereinbart wurde, welcher Betrag einem Goldmarkwerte von M. 19 200.- entsprach. Hierauf zahlte auch der Erwerber am gleichen Tage RM 20 Mill. gleich GM. 3 840.-, der Rest wurde am Tage der Auflassung mit 80 Mill. Papiermark gezahlt. Da Antragsteller urkundliches Material nicht besitzen, können sie diesen Tag nicht genau angeben. Die Auflassung geschah jedoch erst entweder in der ersten oder in der zweiten Dekade des Monats Mai und es wird gebeten, diesen Tag an Hand des Grundbuchs oder der Grundakten feststellen zu wollen. Je nach diesem Zeitpunkt hatte die restliche Zahlung von 80 Mill. RM noch einen Goldmarkwert von höchstens GM. 14 160 bzw. 12 560.-, sodass Antragsteller schon allein durch die spätere Restzahlung einen Entwertungsschaden von rd. einem Drittel erlitten haben. Die Frage, inwieweit sie sich hierfür noch jetzt an den Eigentümer halten können, muss vorbehalten bleiben. Wie die Gegenüberstellung des Friedenswertes mit dem Verkaufserlös ergibt, haben aber die Antragsteller das in der bevorstehenden Villengasse von Steglitz gelegene Grundstück zu einem Preise verkaufen müssen, der noch unter der Hälfte

Berlin, den 12. VI. 1923.
Steglitz, den 12. VI. 1923.

das Grundstück - als Erblasser
- als Erblasser

Berlin, den 12. VI. 1923.
Steglitz, den 12. VI. 1923.

1. Der Herr ...
2. Der Herr ...
3. Der Herr ...
4. Der Herr ...
5. Der Herr ...
6. Der Herr ...
7. Der Herr ...
8. Der Herr ...
9. Der Herr ...
10. Der Herr ...

seines wirklichen Wertes lag und allein eine Folge der Geldentwertung war. Wenn Antragsteller die Verpflichtung der Hypothekenabtragung übernommen haben, so ist dies zu einer Zeit geschehen, als sie weder nach dem Stande der Gesetzgebung noch nach dem der Rechtsprechung mit einer zukünftigen Aufwertung rechnen konnten. Wäre eine solche vorausgesehen gewesen, so hätten sie den Verkauf in der vorliegenden Form nicht getätigt.

Antragsteller machen weiter geltend, dass sie den geringen Vermögensvorteil, den sie aus dem Verkauf gehabt hätten, durch den Währungsverfall vollständig wieder verloren haben und sich auch sonst in einer wirtschaftlichen Lage befinden, die ihnen eine Schuldübernahme unmöglich macht. Sie erklären sich bereit, dass für sie zuständige Finanzamt zur Auskunftserteilung an die Aufwertungsstelle zu ermächtigen. Die Voraussetzungen für die Anwendung des § 15 Aufw sind somit also gegeben.

Hinsichtlich ihrer persönlichen Verhältnisse geben sie folgendes an:

1. Frau Geheimrat Schneider ist zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts allein auf ihre Witwenpension von monatlich M. 304.- angewiesen, andere Einnahmen oder Vermögen stehen ihr nicht zur Verfügung. Ihre wirtschaftliche Lage ist derart, dass sie noch der Unterstützung ihres Bruders bedarf. Denn sie hat vor mehr als Jahresfrist einen vollständigen Nervenzusammenbruch erlitten und befindet sich seit dieser Zeit ununterbrochen in Anstaltsbehandlung, zunächst in Bethanien, dann in der Heilanstalt Berolinum in Berlin-Lankwitz und zzt. in Wernigerode bei Geheimrat Dr. Lühr. Nach dessen ärztlichen Gutachten wird es noch Monate dauern, bevor sie wieder in ihre Häuslichkeit zurückkehren kann und sie wird auch in Zukunft zur Vermeidung von Rückfällen ganz besonderer Pflege und Wartung bedürfen. Hierin dürften aber die Bezüge ihrer Witwenpension noch nicht einmal ausreichen, sondern auch weiterhin die Unterstützung

Des Grundbesitzes ist im Jahre 1934 von dem Erblasser der Antragsteller erworben und von diesem aus eigenen Mitteln und unter Zuhilfenahme der hypothekarischen Darlehen erworben worden. Nach den beigefügten Steuerunterlagen aus den Jahren 1910 und 1911 hatte der Grundbesitz einen Wert von mindestens M. 40.000.-. Antragsteller haben das Grundstück nicht freiwillig, insbesondere nicht aus Spekulationszwecken veräußert, sondern aus zwingenden Gründen der Vermögensverwaltung der Miterben nicht demgemäß veräußert werden konnte. Dem Verkauf liegt die hier beigefügte Zwischen dem tatsächlichen Wertschlag und dem Antragsteller zu 3 als Beauftragten der Erben getroffene und durch ein ehrenwürdiges Verpflichtung bekräftigte schriftliche Abrede vom 15.4.1935 zugrunde, durch die ein Kaufpreis von 100 Millionen Reichsmark vereinbart wurde, welcher Betrag einem Goldmarktwert von M. 12.500.- entsprach. Dieser sollte auch bei weiterer am gleichen Tage im M.M. gleich 60.000.-, der Rest wurde am Tage der Auslieferung mit 20 M.M. Reichsmark bezahlt. Der Antragsteller wirkungsvolles Material nicht besitzen können, da dieser Tag nicht genau angegeben. Die Auflassung geschah jedoch erst am 1.10.1935, der erste oder in der zweiten Hälfte des Monats Mai und es wird gestritten, diesen Tag an Hand des Grundbuches oder der Grundbesitz Kaufverträge zu werten. Der nach diesem Zeitpunkt hatte die restliche Zahlung von 80 M.M. im noch einem Goldmarktwert von mindestens M. 14.100. bzw. 12.500.-, sodass Antragsteller schon ein Teil durch die spätere Entwertung einen Aufwertungsschaden von rd. einem Drittel erlitten haben. Die Frage, inwieweit sich also hier noch jetzt an den Liquidationswert halten können, muss vorbehalten bleiben. Wie die Grundbesitzentwertung des Grundstückes mit dem Verkaufserlös ausgerechnet wird, aber der Antragsteller das in der vorliegenden Willensrichtung von der Aufwertung des Grundstückes zu dem Teile veräußert haben, der noch zum Teil bleibt.

des Bruders erforderlich machen, sodass für sie die Voraussetzungen des § 15 für die vollständige Befreiung von jedweder Aufwertungsverpflichtung gegeben sein dürften.

zu 2. Antragsteller zu 2 ist Rentant der Betriebskrankenkasse der Firma Stollwerck und hat als solcher ein monatliches Einkommen von M.400, wovon monatlich an Beiträgen zur Sozialversicherung M.39 abgehen. Pensionsberechtigung hat er nicht. Andere Einnahmen stehen ihm zum Unterhalt seiner Familie nicht zur Verfügung. Auch das geringe Vermögen, das er sich erspart hatte, ist durch den Währungsverfall verloren gegangen, seine Lebensversicherung hat er mit m.700.- Kriegsanleihe beliehen. Seine Ehefrau ist ausweislich des beigefügten ärztlichen Attestes schon seit zwanzig Jahren unterleibskrank, wodurch dauernde Mehrkosten entstehen. Auch für ihn dürfte der Befreiungsfall des § 15 a.a.O. in vollem Umfange gegeben sein.

zu 3. Antragsteller zu 3 ist Beamter der Brandenburgischen Provinzialverwaltung und bezieht als Landesingenieur die Bezüge der Gruppe 8. Auch er hat ausser seinem Diensteinkommen weder Vermögen noch sonstiges Einkommen. Er war sogar gezwungen, im Jahre 1925 bei seiner Anstellungsbehörde ein Darlehn von m. 1500.- aufzunehmen, das ausweislich der beigefügten Bescheinigung noch in Höhe von rd. M.100 besteht. Auch ihm entstehen aus der schweren, ihrer Natur nach nicht heilbaren Erkrankung der Ehefrau, wofür auf die beigefügten ärztlichen Zeugnisse Bezug genommen wird, dauernd ausserordentliche Kosten für ärztliche und Heilbehandlungen. dem Unterhalt der noch aus vier Köpfen besteh. Familie handlung, die er m. m. m. m. m. aus dem nur bescheidenen Einkommen aufbringen muss. Es würde daher eine besondere Härte für ihn bedeuten, wenn er ausserdem noch mit Aufwertungsverpflichtungen belastet würde. Auch für ihn dürfte die Schutzvorschrift des § 15 in vollem Umfange gegeben sein.

zu 4. Antragsteller zu 4 ist Privatangestellter und lebt in ganz bescheidenen Verhältnissen. Sein gesamtes Jahreseinkommen beträgt laut beigefügter Steuerkarte nur M.2 771,

sodass ihm nach Abzug von Steuern und Beiträgen noch nicht M.200.- für den Monat zum Unterhalt seiner aus Frau und Kind bestehenden Familie verbleiben. Vermögen oder sonstiges Vermögen stehen ihm nicht zur Verfügung.

Sollte trotz der vorangeführten Umstände die Aufwertungsstelle wider Erwarten nicht zu einem völligen ~~unmittelbaren~~ Ausschluss der Aufwertungsverpflichtung zu gunsten der Antragstellergelangen, so nehmen Antragsteller die Gründe der Entsch. d. RG vom 10.2.1926 (Aufw. Rechtspr. I S. 165) für sich in Anspruch mit dem Ziele, den jetzigen Eigentümer zu einer erheblichen Beitragsleistung zu verpflichten. Die Begründung hierfür ergibt sich bereits aus dem Vorangeführten. Wenn Antragsteller aus dem Verkaufserlöse für sich nichts retten konnten, so hat dies darin seinen Grund, dass der Verkauf unglücklicherweise gerade in die Zeit der beginnenden Hochinflation fiel. Andererseits ist der vom Erwerber ~~erlangte~~ erlangte Vorteil so gross, dass die Übernahme der Aufwertungslast für ihn keine Beschwerde bedeutet. Antragsteller erkennen an, dass der Erwerber sich bereits freiwillig zu einer Beitragsleistung bereit erklärt hatte, das Angebot von einem Fünftel erschien aber unter den dargelegten Verhältnissen als nicht ausreichend.

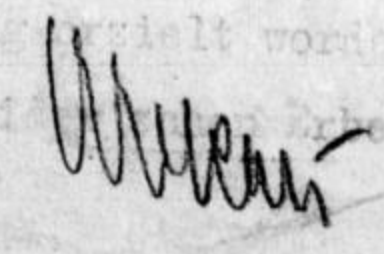
Vollmacht der Antragsteller auf mich überreichend, beantrage ich hiernach:

dahin zu erkennen, dass die Antragsteller zur Aufwertung aus den Gründen des § 15 AufwG nicht verpflichtet sind. eventuell:

dass die Antragsteller zur Beseitigung der Hypothek nur verpflichtet sind, wenn der Eigentümer zu dem von der Aufwertungsstelle festzusetzenden Aufwertungsbetrage einen Beitrag von 95 % leistet.

Abschriften sind in der erforderlichen Zahl beigelegt.

Anlagen.



Die nachstehenden Abschnitte sind in der erforderlichen Zahl beizubehalten.

mit dem Schriftsatz des Rechtsanwalts H e c k a r t ergebenst wieder vorgelegt. Mit Bezug auf § 15 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 richten die Erben des Geh. Rechnungsrates S c h n e i d e r an das Amtsgericht Berlin-Schöneberg den Antrag, sie von der Aufwertungsverpflichtung als persönliche Schuldner auszuschliessen. Sie begründen diese Bitte damit, dass sie gegebenenfalls infolge ihrer schwierigen wirtschaftlichen Lage, die durch niedriges Einkommen und dauernde Krankheit in ihrer Familie bedingt ist, nicht imstande sein würden, ihren Verpflichtungen als persönliche Schuldner nachzukommen. Falls diesem am weitestgehenden Antrage auf Aufhebung ihrer Aufwertungspflicht nicht stattgegeben werden sollte, bitten sie darum, den jetzigen Besitzer des Hauses, Direktor Nötzig, mit einem bestimmten Prozentsatze der Aufwertungssumme als persönlichen Schuldner mithinzuziehen. Direktor Nötzig, der mit dem Ankauf des Schneider'schen Hauses unleugbar ein gutes Geschäft gemacht hat, ist zur Beitragsleistung bereit, nur ist über deren Höhe zwischen den Parteien bisher noch keine Einigung erzielt worden. Da von einer Inanspruchnahme der Schneider'schen Erben als persönliche

W. H. F. Smith

noch negativ ist aus demselben noch nicht zu ersehen

liche Schuldner im Interesse der Buchhorn-Stiftung wohl nicht abgesehen werden kann, dürfte es sich empfehlen, dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg zu antworten, dass die Akademie gegen eine Verteilung der Aufwertungsverpflichtung als persönliche Schuldner auf die Schneider'schen Erben und Direktor Nötter nach dessen Ermessen nichts einzuwenden habe.

Der Präsident

Im Auftrage



Preussische Akademie der Künste

Berlin, den 11. Februar 1927

Urschriftlich

dem rechts- und verwaltungskundigen
Mitgliede des Senats

Herrn Ministerialdirektor N e n t w i g
B e r l i n

mit dem Bemerkten ergebenst zurückgereicht, dass der
Schriftsatz des Rechtsanwalts Eckart meinem Schreiben
vom 5. Februar beigelegt war. Ich beehre mich, sämtliche
Anlagen meines Schreibens vom 5. d. Mts. nochmals vorzu-
legen.

Der Präsident

Im Auftrage



noch negativ und positiv mit Arbeit

J. Nr. 847

6. November 1926

Urschriftlich nebst Anlag
dem rechts - und verwaltungsmäßigen Mitglieder des Senats
Herrn Ministerialdirektor n t w i g

Berlin

mit dem Bemerkten ergebenst zurückericht, dass für die Buch -
horn = Stiftung kein Statut best. Laut Testament vom 14.
Juni 1853 hat der im November 18erstorbene Professor Buch -
horn der Akademie ein Legat von 100 Talern mit der Bestim -
mung vermacht, dass das Kapital eiserner Fonds verbleibt
und nur die Zinsen zur Unterstützung armer Künstler verwendet
werden sollen. Das Schreiben des Agericht Berlin = Schöne -
berg ist von uns noch nicht beantwortet worden.

Der Präsident

Im Auftrage



An die

Akademie der Künste

In Berlin W. 8.

Sprechstunden von 11-1 Uhr.

Fernruf: Stepan 4023-4024.

Berlin-Steglitz 784/ 45

K. Akademie d. Künste Berlin

Nr 0766 * 14 SEP 1926

Ant.

Auf dem Grundbuchblatte des in Berlin-Steglitz,
Grunewaldstr. 23 belegenen, dem Direktor Georg Nötzig gehörenden,
im Grundbuche ~~des~~ von Berlin-Steglitz ~~784~~ Band 25 Blatt Nr. 784
eingetragenen Grundstücks ist folgendes eingetragen worden:

Abteilung III, Spalte 1/4, Spalte 4 rechte Halbspalte:

Bei lfd. Nr. der Eintragung: 4: 2483,74 -zweitausendvierhundert-
dreiundachtzig- Goldmark Darlehn, mit 3 % vom 1. Juli 1926 bis
31. Dezember 1927 von da ab mit 5 % jährlich verzinslich und zahlbar
gemäss dem Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925, im übrigen unter
den Bedingungen der Bewilligung vom 28. Oktober ~~1925~~ 1885 für die
Akademie der Künste zu Berlin. An Stelle der am 3. November 1923
gelöschten Hypothek Nr. 1 von 10000 -zehntausend- Mark auf Grund
des Aufwertungsgesetzes unter Bretilung eines neuen Briefes mit
dem Range nach den Posten Abteilung II Nr. 3 und Abteilung III Nr. 3
am
~~am~~ 24. Juni 1926.

Den Hypothekenbrief erhalten Sie anbei.



Berlin-Schöneberg, den 24. Juni 1926.
Grunewaldstr. 66/67

Fangelin, Kanzleiangestellter,
als Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

An die

Akademie der Künste

in Berlin W. 8.

konzept!

Preussische Akademie der Künste

J.-Nr. 964

Berlin W 8, den 26. Oktober 1926
Pariser Platz 4

Die im Staatsschuldbuch eingetragene Markanleiheforderung der
Bücherei - Stiftung

in Höhe von 19.000.-RM ist auf Grund des Gesetzes über die Ab-
lösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 (R.G.Blatt I S. 137)
und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen in eine Anleihe-
ablöschungsschuld des Deutschen Reichs über

..... 425.-RM

in Worten: *pp*

umgetauscht. Dieser Betrag ist im Reichsschuldbuch über die Anlei-
heablöschungsschuld am 26. Oktober 1926 auf Konto: Abt. V Nr. 7333
eingetragen worden. mit Nullstundungsfaktor 475-RM.

Die Kasse wird angewiesen den Anleihemarkbetrag von

..... 19.000.-RM

in Worten: *pp*

in der Rechnung für 1926 beim Fonds *2*
beim Einnahmetitel 1 in Abgang zu bringen und die oben angegebene
Anleiheablöschungsschuld in Zugang nachzuweisen.

Der Präsident

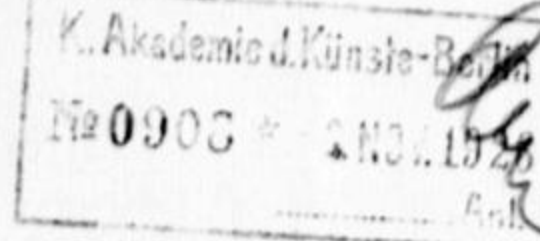
Im Auftrage

[Signature]

*Im Manus mit in der
Schuldbuchanleihe
am 19.11.26
H.*

G. Nötzig.

Berlin-Steglitz, den 1. November 1926.
Grunewaldstr. 23.



An die

Akademie der Künste,

Berlin. W.

Pariser Platz 4.

Zu dortiger Journal-Nummer 768.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich erst heute auf Ihr Geehrtes vom 6. Oktober zurückkomme, da mir eine längere Reise, von der ich gestern zurückgekehrt bin, die frühere Beantwortung unmöglich machte.

In Erledigung Ihres geehrten Schreibens überweise ich Ihnen heute M 18,63 Zinsen für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September ds. Js. Ich werde dafür Sorge tragen, dass Ihnen die weiteren Zinszahlungen pünktlich zugehen.

Hochachtungsvoll!

G. Nötzig
J. F. A.
Ber., 7.11.26
H.

H. Böttner

Nr. 268

50
den 6. Oktober 1926

Die für die Akademie der Künste auf Ihrem Grundstück in Berlin - Steglitz, Grunewaldstr. 23 ruhende Hypothek ist nach Mitteilung des Amtsgerichts Berlin - Schöneberg auf 2483,74 Goldmark aufgewertet. Diese Eintragung in das Grundbuch erfolgte am 24. Juni 1926, so dass die Verzinsung unserer Forderung mit dem 1. Juli d. Js. zu beginnen hat. Der Zinssatz beträgt bis 31. Dezember 1927 3%, später 5%. Es bleiben mithin von Ihnen z. Zt. vierteljährlich 18,63 R M (in Worten: Achtzehn R M 63 Pf.) zu zahlen. Diesen Betrag ersuchen wir regelmässig am 1. eines jeden Kalendervierteljahres dem Postscheckkonto der Kasse der Preussischen Akademie der Künste Berlin Nr. 14555 zu überweisen. Die ersten Zinsen sind am 1. Oktober d. Js. fällig geworden.

Vom 1. April 1928 ab erhöht sich die Zinszahlung auf vierteljährlich 31,05 R M (in Worten: Einunddreissig R M 05 Pf.)

Der Präsident
Im Auftrage

Herrn Direktor G. N o t z i g

Berlin - Steglitz
Grunewaldstr. 23

die Kasse der Preussischen Akademie der Künste

Berlin

Preussische Akademie der Künste

J. Nr. 768

Berlin, den 6. Oktober 1926

Abschrift erhält die Kasse mit der Anweisung von dem Direktor Nötzig die in dem umseitigen Schreiben berechneten Zinsen vom 1. Oktober d. J. s. ab zu erheben und in der Stichtungsrechnung für 1926 ff unter Fonds 2 Titel I Nr. 1 zu vereinnahmen.

An gleicher Stelle ist zu vermerken, dass das Grundstück in Berlin - Steglitz (bisheriger ^{Eigentümer} Geheimer Rechnung Schneider) in den Besitz des Direktors G. Nötzig übergegangen ist. Der bisherige Betrag der Hypothek in Höhe von 10.000 M sowie der Zinsfuß sind bei der angegebenen Verrechnungsstelle gleichfalls zu berichtigen.

Durchschlag als Beleg für den nächsten Entwurf für Stiftungshaushalt liegt bei.

Der Präsident
Im Auftrage

Alu

An

die Kasse der Preussischen
Akademie der Künste

Berlin

*Der Hypothekenzins ist an
Rück in Vorkasse zu
den Vorkassekonten
zu leisten.*

Nr. 766

den 22. September 1926

Urschriftlich nebst Anlagen

dem rechts- und verwaltungskundigen Mitgliede des Senats

Herrn Ministerialdirektor N e n t w i g

Berlin

zur gefälligen Kenntnissnahme ergebenst vorgelegt.

Das Grundstück in Berlin-Steglitz gehörte dem Geheimen Rechnungsrat Schneider bzw. nach dessen ⁿ Tode seinen Erben und wurde, wie aus dem beiliegenden Schriftsatz des Rechtsanwaltes Eckart hervorgeht, auf Grund einer am 13. April 1923 erfolgten schriftlichen Abrede an den jetzigen Eigentümer Direktor Georg Nötzig in Breslau verkauft. Die Schneider'schen Erben hatten vertraglich die Verpflichtung übernommen, die auf dem Grundstück ruhende Hypothek abzutragen. Die Hypothek wurde noch zu Lebzeiten des Geheimrats Schneider ^{an Nötzig} ~~ausbezahlt~~ und ~~war~~ am 21. September 1922 mit 5000RM und am 3. April 1923 ebenfalls mit 5000RM, ^{an Nötzig} worauf die Akademie löschungsfähige Quittung unterm 25. September 1922 bzw. 10. Oktober 1923 erteilte.

Für die Sicherung des Aufwertungsanspruchs der Akademie nahmen wir außer dem jetzigen Eigentümer Direktor Nötzig für die persönliche Forderung die Schneider'schen Erben in Anspruch. So-
eben

eben erhalten wir vom Amtsgericht Schöneberg die beiliegende Nachricht, wonach auf dem Grundstück in Steglitz an Stelle von 10 000 M 2483,75 Goldmarkdarlehen eingetragen sind.

Jch ersuche ergebenst um eine gefällige Äußerung, ob nach erfolgter Wiedereintragung der Ansprüche der Akademie eine Weiterverfolgung der persönlichen Forderung an die Schneider'schen Erben notwendig ist. Meines Erachtens hat nunmehr der jetzige Eigentümer seine Ansprüche aus dem Verkaufsvertrage hinsichtlich der Hypothekenablösung bei den Schneider'schen Erben zu stellen.

Der Präsident

Im Auftrage

Am.

Amtsgericht (Aufwertungsstelle)

Nr.: 1.2.Aw... 12.5.13

(Grundbuch Berlin-*Steglitz*)

Ortliche Gesch.Nr.: *7.11.17*

Berlin-Schöneberg, *14.4.16*
Grünwaldstraße 66-67.

Bl. *706*
K. Akademie d. Künste Berlin
Nr. 0874 * 23. APR. 1908
Ant.

In Ihrer - der - Aufwertungsstelle
Kaufmann Kiffnung / Kitzing - L. Gau.

hat der Eigentümer gegen die Aufwertungsanmeldung in -
nerhalb der Frist Einspruch nicht eingelegt. Über Ihr
Antrag auf Eintragung des Aufwertungsbetrages bzw.
auf Wiedereintragung in Höhe des Aufwertungsbetrages
wird nunmehr das hiesige Grundbuchamt befinden. Diesem
haben wir den Antrag zu den oben bezeichneten Grund -
akten übermittelt. *hat Kaufmann gegen Kiffnung*

Rechts- Anwalt
Gerichts- Anwalt



Nachricht

tragsteller von

des Eintragungsantrags

Grundbuchamt nach

der Einspruchsfrist.

Gerichtsschreiber

B 19

Kanzlei- *Lk.*

1,50 Mk
~~Den etwa erforderlichen Stempel~~ *hier* zu den Gerichtskosten ~~erforderlich~~

Hofnberg, 19. März 1912
Kunze
AKTUAR

Prozess-Vollmacht.

Den Herren

Rechtsanwälten Justizrat S. Katz und W. Goldberg
zu BERLIN C. 2, An der Spandauer Brücke 10

erteile *ich* hierdurch Vollmacht zur Führung des
von *mir*

gegen den Hauseigentümer Gustav Lamprecht, Bauunter-

nehmern in Friedenau, Ortrudstr. 4
wegen Erlass einer einstweiligen Verfügung
anzustellenden (angestellten) Rechtsstreites mit der besonderen Ermächtigung:

1. *uns* in den aus der Zwangsvollstreckung, insbesondere in Gemässheit der §§ 731, 767, 768, 771, 785, 805, 878 C.-P.-O. entstehenden Prozessen, sowie im Verfahren behufs Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Gegners, im Konkurse selbst und in den durch das Konkursverfahren entstehenden Rechtsstreitigkeiten zu vertreten;
2. dem zahlungspflichtigen Gegner Stundung zu gewähren;
3. von der Gegenpartei und aus der Konkursmasse den Streitgegenstand selbst, auch wenn sich derselbe bei der Hinterlegungsstelle befindet, in Empfang zu nehmen;
4. sechs Monate nach rechtskräftiger Entscheidung des Rechtsstreits die nicht abgehobenen Handakten zu vernichten.

Berlin, den 15. Dezember 1911.

Karl Schriber



Reinhold

W. S.

*Gerichtsschreiber 215t
Amtsgerichts Berlin-Schöneberg
19/10. 1926
Kgl. 784.*

Madame de ...

Eintrag

5



Berlin-Steglitz 784/43.

K. Akademie der Künste
Nr. 0329

54 24

Auf dem Grundbuchblatte des in Berlin-Steglitz, Grunewaldstrasse 23 belegenen, dem Direktor Georg Nötzig in Breslau gehörenden, im Grundbuche von Berlin-Steglitz, Band 25 Blatt No. 784

verzeichneten Grundstücks
ist Folgendes eingetragen worden:

Abteilung III Spalte Hypotheken, Halbspalte:

Laufende Nummer der Eintragung: 4.

Laufende Nummer der belasteten Grundstücke: 3.

10000 Mk. Widerspruch gegen die am 3. November 1923 erfolgte
Löschung der Hypothek No. 1 von 10000 Mk. zu Gunsten der

Akademie der Künste zu Berlin zur Sicherung ihres Anspruchs
auf Wiedereintragung der Hypothek zu dem nach Massgabe
des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 sich ergebenden
Aufwertungsbetrage. Auf Antrag gemäss § 16 des Aufwertungs-
gesetzes eingetragen am 5. März 1926.

Berlin-Schöneberg, den 5. März 1926.

Kranig

Kanzleiangestellter

als Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

19

4/10/2001. 10:45

55

Im Auftrage

An
e Amtsgericht
n- Schöneberg
runewaldstr. 66-67

Grundbuchamt
Berlin-Schöneberg

Handreise der Kinnke

Amir's Study 4



11
Amtsgericht Berlin-Schöneberg

Geschäftsnummer:

13 An 335-25

Heft 484

Bei Antwortschreiben ist die vorstehende
Geschäftsnummer anzugeben.

36
Berlin-Schöneberg, den 3. Januar 1926.
Grünwaldstraße 66/67.
Fernruf: Stephan 3740 und 3923.

K. Akademie d. Künste

20.10 * 26. JAN 1926

berl. An 335-25
Heft 484

Im vorstehenden Bescheid ist in Punkt
b) von Berlin - Magdeburg Band 25 Blatt Nr.
484 beigefügt worden. Gemäß § 16 Abs. 1
Ziff. 1 des Grundgesetzes ist der Antrag
auf Eintragung des Grundstücks in das
Grundbuch zurückgewiesen worden, weil
dieser Antrag nicht als eintragfähig
anerkannt werden kann. Der Antrag ist
nicht in die Form eines Bescheides
gefasst. Es ist nur eine Abschrift
des Antrags an den Antragsteller
zurückgegeben worden.
Der Antragsteller ist verpflichtet, die
Kosten des Verfahrens zu tragen.

gez. H. Karcher



Beglaubigt
Ranglesekretär
alt. Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg

13 An 335-25
Heft 484
Magdeburg
März 1926
H. Karcher

G. N ö t z i g .

Berlin-Steglitz, den 21. Jan. 1926.
Grunewaldstrasse 23.

An die

Akademie der Künste,

B e r l i n

Pariserplatz 4 .

K. Akademie d. Künste - Berlin
Nr 0119 * 22 JAN 1926

Betr. Hypothekenaufwertung
Grundstück: Steglitz, Grunewaldstr. 23.

Auf das mir auf Grund meiner Anregung gemachte Angebot zur vorzeitigen Abfindung der Hypothek, bedauere ich nicht eintreten zu können, da Sie den Betrag von Mk. 2483,74 fordern, während selbst nach den Durchführungsbestimmungen zu den Aufwertungsgesetzen vom 29. November 1925, ~~hier~~ bei der Rückzahlung a/1.4.26 ^{nur} Mk. 1971,75 abzgl. Mk. 16,26 = Mk. 1955,49 verlangt werden könnten. Da Sie ausserdem nicht endgültig verzichten, sondern sich vorbehalten wollen, jederzeit, gestützt auf eventuell spätere, bessere Aufwertungsbestimmungen, weitere Ansprüche stellen zu können, wird der von mir beabsichtigte Zweck der vorzeitigen Ablösung schon allein dadurch illusorisch gemacht.

Hochachtungsvoll

G. N. Nötzig
Berlin, den 21. Jan. 1926.
v. G. Nötzig
A. Nötzig

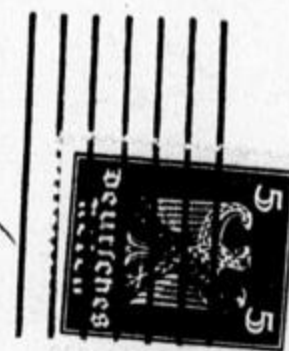
G. Nötzig

Gerichtsschreiber 216. Aufw.
des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg

13 Jan. 1926
H. Nötzig

Charaktere der Künste zu Berlin,

Berlin 21. Jan.
Pariserplatz 4.



J. Nr. 738

*ab mit 2. Aufl.
1 Hypothekbrief
Tm*

den 5. Dezember 1923

*2. Aufl.
Hypothekbrief*

Auf das gefällige Schreiben vom 20. Oktober d. Js.
- 13 Aw. 335/25 Berlin-Steglitz 784 - übersende ich anliegend
einen Antrag in doppelter Ausfertigung auf Aufwertung der auf
dem Grundstück Berlin-Steglitz Band 25 Blatt 784 Eigentümer Di-
rektor Georg Nötzig, Berlin-Steglitz, Grunewaldstr. 23 einge-
tragenen Hypothek von 10 000 M mit dem Ersuchen um weitere Ver-
anlassung.

Der Präsident

Im Auftrage

[Signature]

An

das Amtsgericht

Berlin-Schöneberg

Grunewaldstr. 66/67

*Leffers-Haus - fr. Nr. 899
Grunewaldstr. 66/67*

den 5. Dezember 1925

Betr.: Hypothekenaufwertung gemäß § 15 des Aufwertungsgesetzes
vom 16. Juli 1925.

Im Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg-Band 25
Blatt 784 - Eigentümer Direktor Georg Nötzig, Berlin-Steglitz,
Grunewaldstr. 23 steht unter Abteilung III eine Hypothek von
10 000 M für die Preussische Akademie der Künste eingetragen. Die
Hypothek ist am 21. September 1922 mit 5 000 Papiermark und am
3. April 1923 mit 5 000 Papiermark zurückgezahlt worden. Der Gold-
markbetrag der zurückgezahlten Teilbeträge beläuft sich nach der
Umrechnungstabelle am 21. September 1922 auf 15,25 Goldmark und
am 3. April 1923 auf 1,01 Goldmark zusammen 16,26 Goldmark. Der
Aufwertungsbetrag berechnet sich demnach auf 2 483,74 Reichsmark.

Jch melde den Anspruch auf Aufwertung der Hypothek und
der persönlichen Forderung hiermit an und beantrage gemäß §§ 15,
16 des Gesetzes vom 16. Juli 1925

1. die Hypothek mit einem Aufwertungsbetrage von 2 483,74 M in
Worten: " Zweitausendvierhundertdreiundachtzig Reichsmark 74
Pf " in das Grundbuch im alten oder in dem mir nach dem Gesetz
zustehenden Range wieder einzutragen.

Im Auftrage

Qu

Geschäftsnummer:

Bei Antwortschreiben ist die vorstehende
Geschäftsnummer anzugeben.

Berlin-Schöneberg, den 22. Oktober 1992
Grünwaldstraße 66/67, Akademie der Künste - Berlin
Fernruf: Stephan 3740 und 3923.
No 0736 * 25. OKT 1992

№ 0738 * 25.0KT.192

Der Herr Bürgermeister Herrle der Rührung vom 26.
6. 25. gemäß, 16. d. d. dem Herrn zu verstehen sein. Die Herren
von den paratistischen Behörden der Provinz zu
falls die Provinz die entsprechende Erklärung.

gez. Hippius



Englischb.
Redemmer
J. L. aff

tsgericht Berlin-Schöneberg

Berlin-Schöneberg, den

4. *Trubi*

19

Geschäftsnummer:

13 Aug. 335/25

Grünevaldstraße 66/67
Fernruf: Stephan 3740 und 6023 Akademied. Künste-Berlin

№0420 * - JUL 192

Bei Antwortschreiben ist die vorstehende
Geschäftsnummer anzugeben.

[illegible]

Bankhorn Stiftung 1. April

Kann zur Zeit auf Spren Norweg vom 26. Juni
1925 (F.-Nr. 497) nicht verwandt werden. Ein
allgemeines offenes Norweg auf Verleihung
gibt es nicht. Es ist ein bestimmtes Norweg
zu stellen. Die Verleihungs-Güter ist zu be-
sorgen, sowie die Güter mit der zürückgezogenen
Erzeugnisse zu sein. Lektoren ist von der
Langsten Verleihungs-Güter abzusetzen. Es
ist nicht möglich, es für politisch sind
Nunmehr die Erzeugnisse abzurufen.
Es ist außerordentlich, so ist die Verleihungs-
Norweg vom für politisch zu besorgen.
Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die
Königliche Erzeugnisse für die Akademie der Wissenschaften,
sowie für die Akademie der Wissenschaften der Buchhorn
Stiftung nicht zu sein.

Die Lieferung der Zündkerzen, wird am Freitag
bis zum 1. September 1925 gemacht, werden.
~~am nächsten Montag Zündkerzenlieferung ins Hcu.~~
trags nachfolgt.

Ein Hingebender Mann wie ich dann
in Bewunderung befindlichen Japete Muelhous

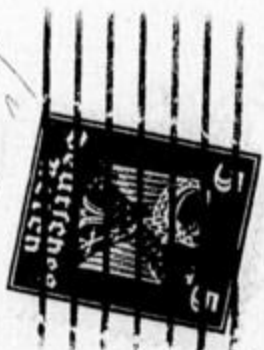
Murphy

Gezichtsfpiekerl 21bt. 12
v. Zinkarsenids. 21bt. 12

Am 10. September 1870

Benjamin Franklin

John M. S.



ansehen, sondern ganz Zeit einer neuen
Anordnung der Verwaltung.



Herrn Dr. Gust.
Justizrat
Beglaubigt
Winkler, Kanzleisekretär
Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg



Eorg Miedhke
 Rechtsanwalt und Notar
 Neukölln, Bismarckstraße 113.
 Pariser Platz Nr. 62

An
 die Akademie der Künste

Neukölln, den 30. November 1923

K. Akademie d. Künste Berlin
 No 1275 * - 1. DEZ 1923
 Anl.

Berlin W. 8.
 Pariser Platz 4.

Betrifft das Grundstück Bismarckstrasse (784)

Anliegend übersende ich Ihnen den vernichteten Hypothekenbrief.
 Hochachtungsvoll

E. Miedhke
 Rechtsanwalt.

63

Ammerich Berlin-Tegelweg

13. Nov. 33/25

Herrn Dr. Miedhke

Berlin W. 8.

Mein lieber Herr Dr.

Hierbei ein Formular zur
 Zustellung von
 Vereinfachte Zustellung



Empf. am 8. Juli 25

Postamt
Postfach 133.

Postamt der Kaiserin



Postamt N. 8.
Postfach 134.

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

AKTE 801

ENDE